Zur D"K"P-Forderung: "Statt Lohnpause - Rüstungspause" S. 5 1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 41 vom 11. Oktober 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Aufruf der KP Spaniens/ML

"Dies ist nicht die Zeit der Tränen, sondern des allgemeinen Krieges!"

Die Völker Spaniens verstärken ihren Kampf

Kommandos der Revolutionären, Antifaschistischen und Patriotischen Front (FRAP) haben am 1. Oktober in Madrid erneut drei der verhaßten faschistischen Polizisten des Franco-Regimes hingerichtet und einen vierten so schwer verletzt, daß er noch immer in Lebensgefahr schwebt. Mit dieser Aktion, die unmittelbar vor der von den Faschisten organisierten Großkundgebung mit Franco, direkt unter den Augen des Feindes, durchgeführt wurde, hat die FRAP ihre Entschlossenheit bewiesen, die scheußlichen Verbrechen des faschistischen Regimes, die Ermordung der fünf spanischen Freiheitskämpfer, von denen drei Mitglieder der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten waren, Zug um Zug mit der Verstärkung des revolutionären bewaffneten Kampfes zu beantworten. Diese Antwort der FRAP ist der gerechte Ausdruck des lodernden Hasses der spanischen Völker auf das Henkerregime des Faschisten Franco.



Unmittelbar nach der Hinrichtung erhoben sich die spanischen Werktätigen zu Streiks und Demonstrationen. Tausende gingen in Madrid auf die Straße und riefen: „Freiheit! Freiheit!" In Bilbao legten die Demonstranten den gesamten Straßenverkehr lahm. In San Sebastian demonstrierten 5000 Menschen durch die Straßen der Stadt, unter ihnen die Angehörigen der beiden ermordeten baskischen Patrioten. **In der Stadt Algorto in der Provinz Vizcaya errichteten 2000 Menschen (und nicht wie die bürgerlichen Zeitungen melden 500) Barrikaden und lieferten sich tapfer mit der Polizei, die das Feuer eröffnete, Gefechte.** In der Provinz Guipuzcoa organisierte die baskische Bevölkerung einen großen Generalstreik, an dem sich 100 000 Menschen beteiligten. Streiks wurden auch in den Städten Barcelona, Valencia, Vigo und Madrid durchgeführt, der Heimat der fünf Ermordeten. In der Provinz Biskaya streikten 20 000 Arbeiter, 30 000 waren es in der Nähe von San Sebastian. Das Regime hat das Baskenland in eine bewaffnete Festung verwandelt und eine große Anzahl von Truppen der Guardia Civil und der Armee dorthin verlegt, um die Streiks zu unterdrücken. Immer wieder kommt es zu Zusammenstößen der Arbeiter mit der Polizei.

Zugleich mit den Streiks und Protestdemonstrationen haben die spanischen Patrioten auch eine Reihe von bewaffneten Aktionen durchgeführt. Am 1. Oktober demonstrierten Tausende von Patrioten in den Vorstädten von Madrid. Gegen sie wurden starke Polizeikräfte aufgeboten. Unmittelbar darauf richteten Kommandos der FRAP die drei Polizisten hin. In Barcelona wird ein Polizeirevier gestürmt und der Chef der politischen Polizei getötet. In San Sebastian und Zaraggossa werden mehrere Angehörige der Polizei und der Guardia Civil verwundet und getötet. All dies sind unvollständige Meldungen, denn das faschistische Regime hat eine vollständige Nachrichtensperre über den Kampf der Volksmassen Spaniens gegen die verhasste Diktatur verhängt.

Aber allein diese Meldungen zeigen, daß die spanischen Völker sich durch den faschistischen Terror nicht einschüchtern lassen, sondern darauf mit einer Verstärkung des Kampfes und der revolutionären Gewalt antworten.

Wie groß der Haß der spanischen Werktätigen auf das Regime ist, do-

Fortsetzung auf Seite 4

Delegation der ROTEN GARDE aus Albanien zurück

Wichtige Lehren für die ROTE GARDE

Das ZK des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens hat vor kurzem eine Delegation der ROTEN GARDE in die Volksrepublik Albanien eingeladen. Durch Vorträge, freundschaftliche Gespräche, Erfahrungsaustausch und Besichtigungen hat die Delegation viel gelernt, was für die Arbeit der ROTEN GARDE von großer Bedeutung ist und beherzigt werden muß.

„Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft," das ist der Grund für die Wichtigkeit der Arbeit mit der Jugend, der Grund dafür, daß die kommunistischen Parteien sich Jugendmassenorganisationen schaffen. Bei uns geht es darum, die Jugend für den Kommunismus zu gewinnen, da ohne sie die sozialistische Revolution nicht siegreich durchgeführt werden kann. Im sozialistischen Albanien geht es darum, die Diktatur des Proletariats zu erhalten und zu festigen und das ist nur möglich, wenn die Jugend zu einer Fortsetzerin der Revolution erzogen wird. Überall versucht die Bourgeoisie die Jugend für sich zu gewinnen – auch in den sozialistischen Ländern. In Albanien schlägt die Jugend diesen Einflüssen die Tür vor

Fortsetzung auf Seite 8

NATO-General Rall entlassen

Vorster-Regime wirdweiter unterstützt

„Lügen haben kurze Beine" – diese Erfahrung mußte auch die Bundesregierung jetzt erneut machen. Im Oktober 1974 wurde im Bundestag eine Anfrage gestellt, ob deutsche Offiziere nach Südafrika reisen. Der heutige Wehrbeauftragte Berkhan antwortete damals, daß niemand als „Militärperson" nach Südafrika reise, das sei schon deshalb sicher, weil er die Genehmigung für eine solche Dienstreise niemals bekommen würde.

Heute spricht das Bundesverteidigungsministerium von einer „offiziösen Reise" Ralls, die den „Charakter einer Staatsvisite" gehabt habe. Diese „offiziöse Reise" fand genau zu dem Termin statt, als im Bundestag ein solcher Vorfall als völlig unmöglich abgestritten wurde.

Auch jetzt, nachdem bekannt wurde, daß entsprechende Dokumente aus der „südafrikanischen Botschaft" aufgetaucht waren, versuchte die Bundesregierung sich zunächst mit den verschiedensten Lügen herauszuretten.

Während diese Lügen nun nicht mehr aufrechterhalten werden können, da die Tatsachen über die Reise Ralls nach Südafrika klar sind, geht das Lügen auf anderer Ebene weiter. Die Bundesregierung tut schockiert. Man versucht das Ganze als „Einzeltat" eines karrieresüchtigen Generals abzutun und seine eigenen Hände in Unschuld zu waschen.

Als klare Absage an die „Einzelaktion Ralls" möchte die Bundesregierung auch die vorzeitige Verabschiedung des Generals verstanden wissen. Aber selbst diese Verabschiedung zeigt, daß sie auch nicht im entferntesten etwas mit der berechtigten Empörung der Werktätigen über diese Nazi-Offiziere zu tun hat. In allen Ehren verabschiedete Leber den ehemaligen hochdekorierten Kampfflieger Hitlers als „tapferen Soldaten". Von einem Disziplinarverfahren wird ebenfalls abgesehen. Und so wird Rall wie die meisten der anderen ehemaligen Bundeswehrgeneräle auch bald seinen Platz irgendwo in der Industrie einnehmen.

Der Fall Rall ist jetzt bereits der dritte „Einzelfall" innerhalb weniger Wochen, der bekannt wurde. Erst vor kurzem wurde bekannt, daß innerhalb der Bundeswehr Offiziere aus faschistischen Regimes in der ganzen Welt ausgebildet werden. Es ist auch noch nicht lange her, daß bekannt wurde, daß Hildebrandt als Ehrengast den Feierlichkeiten zum 39. Jahrestag des faschistischen Putsches Francos beiwohnte. Und in jedem einzelnen Fall betonte die Bundesregierung in immer neuen Varianten ihre Unschuld. Die Tatsachen beweisen jedoch, daß diesen Beteuerungen kein Glauben zu schenken ist. Schöne Worte kosten schließlich nichts und klappern gehört zum Handwerk.

Aber der „Ausrutscher" des General Rall mutet schon wie ein sehr merkwürdiger Zufall an. Einer der Gastgeber Ralls in Südafrika war z. B. der Präsident der südafrikanischen Atomenergiebehörde Dr. Roux. Gerade in diesen Tagen wurden Dokumente bekannt, aus denen eindeutig hervorgeht, daß der westdeutsche Imperialismus seit Jahren mit dem südafrikanischen

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Bonn und Franco gemeinsam gegen spanische Patrioten 2
Moskau garantiert Zionistenherrschaft 2
Grußadresse des ZK der KPD/ML zum 26. Jahrestag der Gründung der VR China 2
DGB-Aktionen zu Spanien 3
Kurzarbeit bei Hoesch 3
OPEC-Tagung 4
VR Albanien: Immer an der Seite des spanischen Volkes 4
Moderne Revisionisten: Verlogene Solidarität mit dem Kampf des spanischen Volkes 4
Prozeß gegen die RAF-Gefangenen . . 6
Die PEF soll verboten werden 6
Zehn Jahre nach dem Putsch: Bewaffneter Kampf in Indonesien 7
KP Boliviens/ML: Die Massen mobilisieren! 7

Bonn und Franco gemeinsam gegen spanische Patrioten

Den papiernen und diplomatischen Protesten der westdeutschen Imperialisten stehen ihre Taten entgegen. Sie sind nach den US Imperialisten die zweitgrößten imperialistischen Räuber in Spanien und Franco ist auch ihr Bluthund. Der spanische Faschismus ist kein Relikt aus längst vergangenen Zeiten. Er ist ein Instrument des Imperialismus. Sicherlich in erster Linie und hauptsächlich des US-Imperialismus aber eben auch des westdeutschen Imperialismus.

Und nicht nur in Spanien selbst stützt sich der westdeutsche Imperialismus auf den Franco-Faschismus. So treibt der Krupp-Konzern in der sogenannten Spanisch-Sahara, gestützt auf Francos Kolonialtruppen ein 100 Millionen-Projekt zur Ausplünderung der dortigen Phosphatvorkommen voran. Die Franco-Söldner, die dort versuchen, den Kampf der Bewohner von Saguiat el Hamra und Rio de Oro unter der Führung ihrer Befreiungsfront FPOLISARIO für die nationale Unabhängigkeit im Blut zu ersticken, morden auch im Auftrag Krupps.

Besonders aber zeigt sich die Zusammenarbeit des westdeutschen Imperialismus mit dem Franco-Regime bei der Verfolgung der spanischen Antifaschisten, vor allem der FRAP und der KPSp (m-l) in Westdeutschland. Wir können hier nur einige Beispiele herausgreifen. Im April 72 kämpften in Bochum spanische Opel-Arbeiter gegen die miserablen Bedingungen im Wohnheim. Das Heim wurde von der westdeutschen Polizei umstellt, der spanische Kollege Jose Cumplido festgenommen. Seitdem ist Jose Cumplido nicht wieder aufgetaucht. Mit Sicherheit wurde er an die frankistische Polizei ausgeliefert. Ebenfalls 1972 in Bochum wurde bei einem Streik spanischer Opelarbeiter ein spanischer Streikposten von einem Franco-Faschisten niedergestochen. Die westdeutsche Polizei unternahm nichts. 1974 wurden in Düsseldorf drei spanische Antifaschisten zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie angeblich einen Anschlag auf ein spanisches Reisebüro geplant haben sollen. In Wirklichkeit hatte die westdeutsche Polizei ihnen zwei Molotow-Cocktails untergeschoben. Hier wurde die Zusammenarbeit des westdeutschen Staatsapparats mit dem Franco-Faschismus besonders deutlich. Die westdeutsche Polizei informierte den spanischen Konsul, der im Gefängnis in Düsseldorf versuchte, die Antifaschisten zu verhören, während in Spanien die Guardia Civil bei den Eltern eines Angeklagten auftauchte und sich auch noch nach der Adresse der Schwiegereltern erkundigte. Nur die breite Solidaritätsbewegung verhinderte damals die Abschiebung der Genossen nach Spanien.

Schließlich zeigt ein Blick in den Verfassungsschutzbericht 74, wie der westdeutsche Imperialismus die Bekämpfung der FRAP zu seiner Aufgabe gemacht hat. Und sicherlich kommt es nicht von ungefähr, wenn die Bonner „Verfassungsschützer" u. a. folgendes als besonders verwerflich herausstellen: „Diese Diffamierungskampagne gipfelte in einer Flugschrift der spanischen „Revolutionären, Antifaschistischen Front (FRAP) über das angeblich gemeinsame Handeln deutscher und spanischer Polizeiorgane gegen spanische Antifaschisten, aus dem man die zunehmende Faschisierung der imperialistischen deutschen Regierung' ersehe, unter der nicht nur die Ausländer, sondern auch das deutsche Volk zu leiden hätten." (S. 135).

Bekanntlich bellen die getroffenen Hunde besonders laut. Und das zitierte Flugblatt der FRAP trifft offensichtlich in zweierlei Hinsicht: einmal weil es die Zusammenarbeit der westdeutschen Staatsorgane mit dem Franco-Regime bei der Verfolgung spanischer Antifaschisten aufdeckt; zweitens weil es klarstellt, daß zwischen dem Faschismus in Spanien und der sogenannten Demokratie in Westdeutschland keineswegs ein Abgrund klafft.

Gerade jetzt, auf einem Höhepunkt der Empörung über den Franco-Faschismus, ist den westdeutschen Imperialisten natürlich daran gelegen, den Eindruck zu erwecken, Spanien und Westdeutschland seien zwei völlig verschiedene Welten. Sicherlich herrscht bei uns kein Faschismus. Aber Polizeimorde, Isolationsfolter, Hunderte von Prozessen gegen Genossen unserer Partei und anderer revolutionärer Organisationen, die Beschlagnahmungen und Prozesse gegen den ROTEN MORGEN und andere revolutionäre Zeitungen, Berufsverbote, der Terror gegen kommunistische und andere klassenkämpferische Kollegen in den Betrieben usw. usw. Die geheuchelte Empörung der Bonner Regierung über den Franco-Faschismus täuscht uns nicht. die westdeutschen Imperialisten planen die Errichtung einer faschistischen Diktatur, um ihre Herrschaft vor dem revolutionären Ansturm der Arbeiterklasse durch nackten Terror zu verteidigen. **Aber wie Franco den Sieg der spanischen Revolution nicht verhindern kann, werden die westdeutschen Imperialisten ihren Sturz durch die sozialistische Revolution nicht verhindern können.**

Nato-General Rall entlassen

Fortsetzung von Seite 1

Rassistenregime eng auf atomarem Gebiet zusammenarbeitet. Diese Zusammenarbeit rollt auf verschiedenen Ebenen ab. So gibt es Kooperationsverträge des Rassisten-Regimes mit westdeutschen Monopolen (z. B. der STEAG-AG Essen), so werden südafrikanische Atomspezialisten von der Gesellschaft für Kernforschung in Karlsruhe ausgebildet, Professor Becker, ein bekannter Fachmann der Karlsruher Gesellschaft hat inzwischen seine gesamte Tätigkeit nach Südafrika verlegt. Aber diese Zusammenarbeit mit Südafrika findet – und das macht die Bonner Heuchelei im Fall Rall vollends deutlich – auch auf staatlicher Ebene statt. Gleichzeitig wurden Dokumente bekannt, aus denen hervorgeht, wie sehr beide Seiten um die Geheimhaltung dieser Vorgänge bemüht sind. Es gilt als sicher, daß das südafrikanische Rassistenregime dank der Zusammenarbeit mit den westdeutschen Imperialisten heute in der Lage ist, Atombomben herzustellen.

Diese Tatsachen zeigen, daß Rall kein „Ausrutscher" war. Der westdeutsche Imperialismus sieht in den südafrikanischen Rassisten seine Bündnispartner. Deren Terrorregime ermöglicht ihm nicht nur die Ausplünderung der Völker Südafrikas, sondern stellt auch einen wichtigen Vorposten des Imperialismus im Kampf gegen den fortschreitenden antiimperialistischen Zusammenschluß der Völker und Staaten Afrikas dar. Darum unterhält die Bundesrepublik als einziges Land der Welt in Namibia ein Konsulat, darum war die Bundesrepublik eines der wenigen Länder, die im vergangenen Jahr gegen den Ausschluß Südafrikas aus der UNO gestimmt haben.

Grussadresse des ZK der KPD/ML zum 26. Jahrestag der Gründung der VR China

An den Vorsitzenden des Zentralkomitees der KP Chinas, Genossen Mao Tsetung
An den Vorsitzenden des ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Genossen Tschu Teh
An den Ministerpräsidenten des Staatsrates, Genossen Tschou En-Lai
Werte Genossen,

Zum 26. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China sendet das Zentralkomitee der KPD/ML der Regierung der Volksrepublik China und dem chinesischen Volk, geführt von der KP Chinas mit Genossen Mao Tsetung an der Spitze, brüderliche revolutionäre Grüße.

Die Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949, der Sieg in der neudemokratischen Revolution und der Sturz der reaktionären Herrschaft des Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus durch den siegreichen, revolutionären Volkskrieg war von weltgeschichtlicher Bedeutung, ein schwerer Schlag gegen den Weltimperialismus, ein großartiger Sieg für alle Völker der Welt. Seitdem erzielte das chinesische Volk in der sozialistischen Revolution und beim Aufbau des Sozialismus hervorragende Erfolge. Geleitet von dem Marxismus-Leninismus und den Mao-Tsetung-Ideen wurde die Revolution unter der Diktatur des Proletariats erfolgreich fortgesetzt und die Diktatur des Proletariats immer weiter gefestigt. So konnten alle Anstrengungen der Imperialisten, der in- und ausländischen Revisionisten, China ins Lager des Kapitalismus zurückzuzerren, erfolgreich durchkreuzt werden.

Chinas konsequente Unterstützung des Kampfes der Völker gegen Imperialismus, vor allem gegen die größten Ausbeuter, Unterdrücker und Kriegstreiber der heutigen Welt, die beiden imperialistischen Supermächte Sowjetunion und USA, stärkt weltweit die Kräfte der Revolution und des Sozialismus. Sie ist auch eine großartige Unterstützung unseres Kampfes für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Heute schauen die Proletarier aller Länder, die unterdrückten Völker und unterjochten Nationen voller Sympathie und Anerkennung auf das sozialistische China, das Hauptbollwerk der Weltrevolution.

Mit kommunistischen Grüßen
ZK der KPD/ML
gez. Ernst Aust
1. Vorsitzender

Treffen zwischen Gromyko und Allon

Moskau garantiert Zionistenherrschaft

Immer offener betreiben die russischen Sozialimperialisten ihre Zusammenarbeit mit den israelischen Zionisten gegen das palästinensische Volk. Am 25. September traf eine Delegation zionistischer Politiker in Moskau ein, um mit Vertretern des Kreml über eine Verbesserung und Intensivierung der sowjetisch-israelischen Beziehungen zu beraten. Dabei wird bereits ganz unverblümt von der Aufnahme vollständiger diplomatischer Beziehungen gesprochen. Am 24. September kam es in New York zu einem als „vertrauensvoll" bezeichneten Treffen zwischen dem SU-Außenminister Gromyko und dem zionistischen Außenminister Allon.

Auf der einen Seite spielen sich die Neuen Zaren als Freunde des palästinensischen Volkes auf. In Wirklichkeit dient ihnen die palästinensische Frage nur als Tor, in das sie ihren Fuß setzen, um ihre eigenen imperialistischen Herrschaftspläne im Nahen Osten zu verwirklichen. Während sie so einerseits mit dem US-Imperialismus um Macht und Einfluß im Nahen Osten konkurrieren, arbeiten sie andererseits mit Washington und dem zionistischen Regime zusammen, um die palästinensische Revolution, die für alle imperialistischen Herrschaftspläne eine tödliche Gefahr darstellt, zu ersticken.

So gab Gromyko als wichtigstes Ziel der Moskauer Nahost-Politik die Schaffung eines palästinensischen Teilstaates am Westufer des Jordan und im Gazastreifen an. Gromyko versicherte, die Sowjetunion wolle die Existenz Israels in den Grenzen von 1967 anerkennen und garantieren. Er trat für eine Wiederaufnahme der Genfer Konferenz ein und erklärte, die Sowjetunion wolle auch an der von Kissinger vorgeschlagenen „informellen Konferenz" teilnehmen, zu der einige ‚an der Situation im Nahen Osten interessierte Staaten" eingeladen werden sollen.

Zu der Frage eines palästinensischen Teilstaates erklärte der Botschafter der PLO in der VR China, Genosse Hamad A. El-Ayde, in einem Gespräch mit dem ROTEN MORGEN (38/1975): „Nun ist klar, jeden Teil, den die Zionisten freiwillig wiedergeben von dem, was sie uns weggenommen haben, nehmen wir gerne. Aber damit erhalten sie kein Recht, überhaupt in Palästina zu sein ... Für die Zukunft sind wir gegen die Errichtung von 2 Staaten in Palästina, sondern halten fest an der Forderung nach einem demokratischen Staat in ganz Palästina."

Gromyko aber schlägt genau das vor, was das palästinensische Volk immer abgelehnt hat. Das palästinensische Volk soll sich mit einem Teilstaat begnügen und auf die Wiedergewinnung seines Heimatlandes verzichten, es soll die Existenz Israels anerkennen und damit seine Kapitulation unterschreiben. Das palästinensische Volk führt den bewaffneten Kampf zur vollständigen Vertreibung der Zionisten vom palästinensischen Boden. Wie soll man da die Äußerung Gromykos verstehen, die Sowjetunion sei bereit, die Existenz Israels nicht nur anzuerkennen, sondern auch zu garantieren? Ist das nicht eine offene Drohung, an der Niederschlagung der palästinensischen Revolution mitzuwirken?

Mit der Forderung nach Fortführen der Genfer Konferenz und Teilnahme an der von Kissinger vorgeschlagenen „informellen Konferenz" unterstreichen die russischen Sozialimperialisten ihren Anspruch, daß sie zu den Mächten gehören, die ein „Interesse" an der Lage im Nahen Osten haben. Die Interessen der russischen Sozialimperialisten im Nahen Osten aber werden mit jedem Tag offenkundiger. Es sind die Interessen einer imperialistischen Supermacht, die nichts mit der gerechten Sache des palästinensischen Volkes gemein haben.

Kurz berichtet

HAMBURG

In Hamburg fand am 4. 10. eine Veranstaltung anläßlich der 5 ermordeten Revolutionäre statt. Es sprachen Vertreter der FRAP, der Partei, der RHD und der Freundschaftsgesellschaft. Die rund 300 Anwesenden spendeten 1569 DM.

DORTMUND

In Dortmund fand am 1. 10. eine Veranstaltung des Landesverbandes NRW statt, zu der rund 700 Besucher gekommen waren. Ein Genosse der Partei ging darauf ein, daß es für alle Marxisten-Leninisten darauf ankommt; in die breite Solidaritätsbewegung mit dem Kampf der spanischen Völker die Idee der Notwendigkeit der revolutionären Gewalt hineinzutragen und den Pazifismus zu bekämpfen, der in den verschiedensten Variationen sowohl die reaktionäre Gewalt des Franco-Regimes als auch die revolutionäre Gewalt des Volkes verurteilt. Der Genosse zeigte dann, daß gleichermaßen der Kampf gegen die geheuchelte Solidarität der westdeutschen Imperialisten geführt werden muß, die Krokodilstränen über die Todesurteile vergießen und gleichzeitig neben dem US-Imperialismus das größte Interesse an der faschistischen Unterdrückung der spanischen Völker haben. Mit großem Beifall und immer wieder unterbrochen von den Rufen: „FRAP, FRAP, FRAP – Guerra Popular" wurde die Rede einer Genossin der FRAP aufgenommen, die an vielen Beispielen zeigte, daß die spanischen Völker zusammengeschlossen in der FRAP, zu bewaffneten Aktionen gegen ihre Unterdrücker übergegangen sind. Die Hinrichtung von drei Polizisten bei der faschistischen Kundgebung Francos ist nur das letzte Beispiel dafür. Abschließend sprach noch eine Genossin der Deutsch-Spanischen Freundschaftsgesellschaft, die bei den Madrider Prozessen gegen Genossen der FRAP anwesend war. Auf der Veranstaltung wurden insgesamt 3356 DM für die FRAP gesammelt.

STUTTGART

Auf der Chinafilmveranstaltung wurde auf Vorschlag der KPD/ML von ca. 80 Anwesenden eine Resolution gegen die Ermordung der 5 Revolution mit nur einer Gegenstimme verabschiedet. Die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS sammelte an zwei Tagen 120 DM für die FRAP.

KASSEL

In Kassel fanden am 27. 9. und am 30. 9. Kundgebungen gegen die Ermordung der 5 spanischen Revolutionäre statt. Am 4. 10. fand eine Demonstration statt, zu der die Partei, die GRF (KPD) und die KPG/ML aufgerufen hatten.

MÜNSTER

In Münster fand am 3. 10. eine Demonstration der Partei gemeinsam mit der GRF statt. Bei verschiedenen Kundgebungen und durch eine Sammlung in der Mensa der Universität konnten rund 35 DM gesammelt werden.

KIEL

In Kiel fand am 27. 9. eine gemeinsame Kundgebung der Partei und des KBW statt. Im Anschluß daran demonstrierten die 100-150 Teilnehmer durch die Kieler Innenstadt. Die Polizei, die von dieser Aktion überrascht wurde, startete voll Wut eine Provokation. Ein VW-Bus der Polizei fuhr mit voller Fahrt in den Demonstrationszug hinein. Einige Demonstrationsteilnehmer konnten sich nur noch knapp in Sicherheit bringen.

Den Abonnements liegt eine Beilage, „DIE ROTE GARDE" bei.

ROTER MORGEN
HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06–466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,–DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Kurzarbeit bei Hoesch und Krupp

Unruhe und Empörung unter den Kollegen

Vom 19.-31. Dezember müssen 15000 Hoescharbeiter kurzarbeiten. In dieser Zeit sollen die drei Dortmunder Hütten – Westfalenhütte, Phönix, Union – bis auf wenige Ausnahmen vollständig stillgelegt werden. Fast gleichzeitig mit den Hoeschkapitalisten gab auch Krupp die Verlängerung der Kurzarbeit für 12000 Kollegen in Bochum und Rheinhausen bis Ende November bekannt.

Die zweiwöchige Kurzarbeitsperiode am Jahresende bedeutet für die 15000 Kollegen von Hoesch und ihre Familien eine weitere Verschlechterung der Lebenslage. In dieser Zeit werden sie nur 68% ihres Lohnes bekommen, der durch den Überstundenabbau in den vergangenen Monaten schon gesenkt worden war. Die Hoeschkapitalisten versuchen mit allen Mitteln, die Lasten der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen, die Löhne zu drücken, durch Rationalisierung aus jedem Arbeiter noch mehr herauszupressen als bisher, durch Entlassungen vor allem der ausländischen Kollegen und durch ein verschärftes Kommandoregime der Meister und Vorarbeiter, die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter zu steigern. Bis jetzt haben die Hoeschkapitalisten immer geprahlt, daß alle diese Methoden nur „zum Wohl der Arbeiter" angewendet werden, „um Kurzarbeit zu vermeiden" und den Anschein zu erwecken versucht, daß Kurzarbeit und Entlassungen, wenn auch unter Schwierigkeiten, vermieden werden könnten. Unterstützt wurden diese Redereien, die den Arbeitern die verschärfte Ausplünderung schmackhaft machen sollten, von den IGM-Betriebsräten, die von Zeit zu Zeit Erklärungen abgaben, „daß mit Kurzarbeit vorerst nicht zu rechnen" sei und wütend gegen die Partei hetzten, als die „Stählerne Faust" in einem Extrablatt aufdeckte, daß die Kurzarbeit längst beschlossene Sache ist. Jetzt, im nachhinein allerdings behauptet einer von diesen Leuten, der Betriebsratsvorsitzende von Phönix, in einem Interview mit den Ruhrnachrichten: „Die meisten Kollegen hatten die Situation richtig eingeschätzt und waren darauf gefaßt." Vorher alles abstreiten und Illusionen verbreiten, hinterher aber sagen, daß es im Grunde jeder gewußt hat, das gehört zur Taktik dieser Leute, um die Arbeiter zu betrügen.

Die Nachricht von der Kurzarbeit haben die Kollegen nicht von ihnen, sondern aus der Zeitung erfahren. Sie hat große Unruhe ausgelöst und viele Betriebsräte wagten es erst einmal nicht, in die Abteilungen zu gehen.

Kurz nachdem die Kurzarbeit bekanntgegeben worden war, traf sich auch der auf Initiative der Parteizelle seit einiger Zeit bestehende Kollegenkreis. Auf diesem Treffen, das in Zukunft regelmäßig stattfinden soll, waren sich die Genossen und Kollegen einig, daß man sich im Kampf weder auf die Bonzen des Gewerkschaftsapparates noch auf die modernen Revisionisten der D„K"P verlassen kann, und sie werden versuchen, ihre Kollegen in diesem Sinn zu mobilisieren und zu organisieren. Denn obwohl unter den Kollegen noch viele Illusionen bestehen und die Ratlosigkeit darüber, ob und wie der Kampf in der Krise geführt werden kann, groß ist, wachsen der Haß und die Empörung. **Ein Beispiel dafür sind die Kollegen einer Abteilung, die jetzt beschlossen haben, sich zu treffen, um gemeinsam über Kampfmaßnahmen für die Forderungen: „Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit" und „Keine Entlassungen" zu sprechen.** Dies alles sind gute Möglichkeiten, um den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition voranzutreiben.

AN DIE REVOLUTIONÄRE, ANTIFASCHISTISCHE, PATRIOTISCHE FRONT DES SPANISCHEN VOLKES (F. R. A. P.)

Wir sind voller Empörung über die Ermordung fünf eurer Genossen durch das faschistische Francoregime.

Unsere Empörung und Trauer sind aber keine Mitleidstränen, unsere Trauer wird sich in unserer Solidarität mit dem spanischen Volk und seinem Kampf gegen den Faschismus ausdrücken.

Wir fordern: Sofortige Freilassung aller patriotischen und revolutionären Gefangenen!

TOD DEM FASCHISMUS IN SPANIEN! HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

12 Kollegen der Hoesch-Hüttenwerke Dortmund, Kollegentreff (2. 10. 1975).

Es wurden zur Unterstützung der FRAP 23,75 DM gesammelt.

DGB-Aktionen zu Spanien

Nichts als Krokodilstränen

Während Zigtausende von Menschen in ganz Europa in Demonstrationen ihren Haß und ihre Empörung über die Verbrechen des Franco-Regimes zum Ausdruck bringen, während sie gegen die Polizei kämpfen, die diese Proteste unterdrücken will und die Botschaften, Konsulate und anderen Einrichtungen des faschistischen Regimes beschützt, während trotz Polizei in vielen Ländern die Botschaften und Konsulate gestürmt werden – hat der DGB die Arbeiter aufgerufen, am 2. Oktober um 12 Uhr mittags zwei Minuten lang zu „streiken".

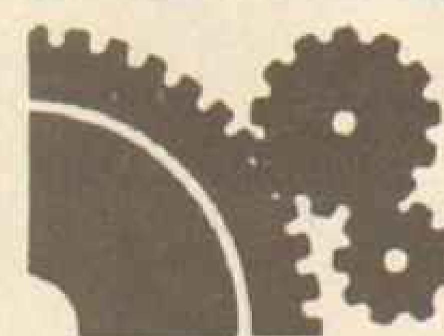
Diese Aktion war eine ekelerregende Farce, die von den imperialistischen und revisionistischen Führern des „Internationalen Bundes freier Gewerkschaften" und des „Weltgewerkschaftsbundes" inszeniert wurde. Selbstverständlich erhielten sie dabei sofort den Segen der modernen Revisionisten, die mit einem gemeinsamen Aufruf aller revisionistischen Parteien Europas zur Unterstützung dieser Aktion aufriefen und die D„K"P wagte es sogar, von einem „internationalen Kampftag gegen den spanischen Faschismus" zu sprechen. Was für ein Hohn und was für Krokodilstränen, die hier vergossen wurden, um die Arbeiter zu betrügen!

Die DGB-Führer überschrieben ihren Aufruf mit der Losung: „Gegen politischen Mord – für Freiheit und Demokratie in Spanien und allen Staaten der Welt". Mit dieser Losung geben sich die DGB-Führer den Anschein, als ob sie den Kampf der spanischen Völker gegen das Franco-Regime unterstützen, während sie ihn in Wirklichkeit verleumden, indem sie die revolutionäre Gewalt, die Hinrichtungen der Henker und Folterer der Geheimpolizei auf eine Stufe mit den Morden des Franco-Regimes stellen. Welchen Weg sollen denn die spanischen Völker einschlagen? Die Führer des DGB sagen: verzichtet auf die revolutionäre Gewalt, die Freiheit und Demokratie kann auch mit friedlichen Mitteln erkämpft werden. Mit diesen verräterischen Worten wenden sie sich gleichzeitig auch an die westdeutschen Arbeiter, um sie vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten. Im Kampf für die Befreiung der spanischen Völker gibt es keinen anderen Weg als die gewaltsame Revolution, um die amerikanischen Imperialisten zu vertreiben und das faschistische Zuchthaus, das Franco auf den Leichen von einer Million Toten errichtet hat, zu zerschlagen.

Die DGB-Führer reden von Freiheit und Demokratie der „freien Welt", die sie dem faschistischen Regime in Spanien gegenüberstellen, und die sie den spanischen Völkern als erstrebenswertes Ziel anpreisen. Aber diese „freie Welt" ist die kapitalistische Gesellschaft, die Freiheit der Imperialisten, die Arbeiterklasse auszubeuten und zu unterdrücken. Mit der „freien Welt" meinen sie den amerikanischen Imperialismus ebenso, wie die Ausbeuterordnung in unserem Land, in der die Revolutionäre, für die die Führer des DGB jetzt Krokodilstränen vergießen, von ihnen selbst aus den Gewerkschaften und Betrieben geschmissen werden, wo sie es sind, die ihre Unterdrückung fordern und unterstützen und mithelfen, die Faschisierung voranzutreiben. Die „freie Welt", das sind die imperialistischen Monopole, die Rockefellers ebenso wie die Deutsche Bank und H. J. Abs, die das faschistische Regime in Spanien an der Macht halten und an der Ausplünderung und Unterdrückung der spanischen Völker Riesenprofite verdienen.

Zynisch schreiben die DGB-Führer in der „Welt der Arbeit" über Spanien, *„daß dort der Geist der Inquisition, der heimlichen Folterung und des abgefeimten Terrors lebendig blieb, **war kaum jemandem mehr bewußt**."* Wer soll ihnen das denn glauben? Sie beteiligen sich ja selbst an der Ausplünderung und Unterdrückung der spanischen Völker. Gerade eben ist das neueste Heft der „Quelle", der Funktionärszeitschrift des DGB, erschienen. Dort werden in einem Artikel die Reisen des DGB-eigenen Touristikunternehmens „g-u t-Reisen" nach Gran Canaria, Mallorca, Lanzarote und anderen spanischen Orten angepriesen. Seit 1972 hat dieses Unternehmen sogar einen gemeinsamen Vertrag mit Neckermann, um unter Ausnutzung der günstigen Kapazitäten möglichst viele Urlauber nach Spanien zu schleusen. „Spaß-Spiel-Sport–Urlaub" nennen die DGB-Führer ihre Ausplünderung der spanischen Völker. Schlecht verdient haben sie daran nicht. Wie die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" meldet, werden für diesen Winter Zuwachsraten um die 10% erwartet.

Die Tatsachen beweisen, daß die DGB-Führer, die jetzt als Freunde der spanischen Völker auftreten und Solidarität mit unseren ermordeten Genossen heucheln, in Wirklichkeit seine erbitterten Feinde sind, die den Pazifismus predigen, um das Volk zu entwaffnen und die imperialistische Ausplünderung und Unterdrückung, an der sie selbst beteiligt sind, zu verewigen.



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Vor Einstellung - polizeiliche Überprüfung

Anfang September fing ich auf der Lindenauwerft als Schiffbauwerker an zu arbeiten. Ich war 6 Monate arbeitslos. Ich bin verheiratet und habe 2 Kinder. Als Grund für die Entlassung sagte mein Meister, daß keine Arbeit mehr da sei. Der Betriebsrat glaubte das nicht und fragte bei der Geschäftsleitung nach. Dort sagte man ihm, daß ein Schreiben vorliege, wonach ich in Verbindung mit der KPD/ML stehen solle. Auf meine Frage, woher das kommt, sagte der Betriebsrat, daß jeder, der hier zu arbeiten anfängt polizeilich überprüft würde. Bei mir hätte man festgestellt, daß ich Kontakt mit der KPD/ML haben würde. Der Betriebsrat war aber auch der Meinung, daß solche Leute auf der Werft nichts zu suchen hätten. Die Geschäftsleitung sagte mir, daß sie kein Schreiben dieser Art kennen würde und daß sie mir keinen Grund nennen bräuchte, weil ich ja während der Probezeit gekündigt worden bin. Von den Kollegen, mit denen ich sprach, und ich habe mit vielen darüber gesprochen, sagte mir keiner, daß es richtig ist, mich zu kündigen, egal ob ich an einer Roten 1. Mai Demonstration der KPD/ML teilgenommen habe oder was auch immer. Im Gegenteil sie waren empört: „Im Bundestag reden die immer von Freiheit und Demokratie und was wir hier alles haben. Aber hier kann man sehen, daß das gelogen ist." Und ein anderer Kollege sagte: „Jetzt hast du erst recht einen Grund zum protestieren." Oder ein anderer: „Jetzt bist du ein politisch Verfolgter. Jetzt muß der Staat für dich zahlen." Worauf ich erwiderte, daß dieser Staat doch meine Entlassung bewirkt habe und daß z. B. die politisch Verfolgten des Hitlerfaschismus, die jahrelang im KZ gesessen haben, keineswegs eine hohe Rente bekommen, aber ihre Wächter, die SS-Leute oder die Offiziere, die bekommen einige tausend Mark als Pension. Viele Kollegen stimmten mir zu, wenn ich sagte, daß die KPD/ML ja richtig sein mußte, wenn man mit solch einer Begründung entlassen wird.

Als ich zum Schluß noch eine Unterschrift von der Geschäftsleitung brauchte, sagte ich einem der Herren, daß ich keinen Kollegen gesprochen habe, der es richtig findet, mich mit dieser Begründung zu entlassen. Darauf sagte er: „Wer kann schon auf dieser Welt entscheiden, was richtig und falsch ist." Da habe ich nur geantwortet: „Es wird die Zeit kommen, wo die Kollegen entscheiden, was richtig und falsch ist und nicht die Geschäftsleitung." Und nun ist es selbstverständlich, daß ich mich an die KPD/ML wende.

Rot Front! Ein Sympathisant aus Kiel

"Unsere Kraft ist die Geschlossenheit..."

In einem kleinen Schwelmer Betrieb hatten 3 Dreher folgendes Erlebnis:

Der erste Dreher war 9 Jahre, der zweite 12 Jahre und der dritte 16 Jahre in diesem Betrieb tätig. Diese Kollegen taten sich zusammen, um eine Lohnerhöhung zu fordern. Die Kollegen haben in den ganzen Jahren mindestens 10 Std. am Tag gearbeitet. Manchmal hatten sie auch samstags eine Sonderschicht eingelegt.

Sie beschlossen also nun eine Lohnerhöhung zu fordern und gingen damit zum Kapitalisten. Der ließ sie natürlich abblitzen. Aufgrund dessen ließen sie sämtliche Überstunden fallen. Nach ein paar Tagen war dann folgende Bekanntmachung am schwarzen Brett: „In der heutigen Zeit ist ein Betrieb nur dann lebensfähig, wenn er wirtschaftlich arbeitet. Einige Mitarbeiter haben dieses erkannt und versuchen durch auffällige Minderleistungen private Wünsche durchzusetzen. Damit wird die Existenz des Betriebes und der Arbeitsplatz aller gefährdet. Aus diesem Grund können wir über die vorerwähnten, absichtlichen Mindestleistungen nicht hinwegsehen. Wir werden mit konsequenten Maßnahmen antworten. Wir erwarten, daß jeder seine optimale Arbeitsleistung erbringt und die Angesprochenen davon Kenntnis nehmen, daß wir solche Einzelaktionen nicht dulden können. Falls nötig, werden wir den Arbeitsplatz anderweitig vergeben.

Die 3 Arbeitskollegen mußten dann noch einmal zum Kapitalisten kommen. Dieser fragte noch einmal, ob sie nicht wieder für den alten Stundenlohn arbeiten wollten. Sie erklärten sich zunächst nicht bereit für den alten Stundenlohn weiterzuarbeiten. Daraufhin wurde ihnen gekündigt. Danach mußten sie wieder zum Kapitalisten vorsprechen. Hier konnte er ihnen Angst einflößen und sie erklärten sich bereit für den alten Stundenlohn weiterzuarbeiten. Dazu ist zu sagen, daß es natürlich richtig ist mehr Lohn zu fordern, doch das es falsch ist nur für sich selbst oder seinen nächsten Kollegen mehr Geld zu fordern. Hätten alle Kollegen hinter dieser Forderung gestanden, hätte der Kapitalist sich ein solches Spielchen nicht leisten können, denn unsere Kraft ist die Geschlossenheit die Solidarität der Kollegen.

Hier zeigt sich wieder einmal das wahre Gesicht der Kapitalisten: Jahrelang kann man für sie geschuftet haben und wenn man etwas aus dem Geldsack haben will den wir ihnen gefüllt haben, schmeißen sie einen rücksichtslos auf die Straße. Die Kollegen haben durch diese Sache gelernt, sie werden beim nächsten Mal nicht den Fehler machen, nur für sich, isoliert Lohnerhöhungen zu fordern, sondern sich mit allen Kollegen zusammenschließen.

PS Der Betriebsrat hat die Bekanntmachung am Schwarzen Brett gemeinsam mit den Kapitalisten unterschrieben.

Arbeitslos - ohne einen Pfennig Geld

Liebe Genossen!

Vor einigen Wochen wurde ich von einem auf den anderen Tag von meiner damaligen Firma, Hamburg-Wacht, fristlos entlassen. Der Grund war folgender: Ich äußerte mich gegenüber dem Abteilungsleiter von der Firma EDEKA Hamburg, der ich als Wachmann zugeteilt war, daß ich mit meinem Lohn nicht zufrieden war. Dieser meldete es sofort meiner Firma. Bei der Einstellung sagte man mir, sie verdienen 1870 DM brutto. Als aber der erste Monat rum war, und ich sage und schreibe 300 Stunden abgerissen hatte, bekam ich dafür die 1870 DM brutto! Über diese Gemeinheit war ich so empört, daß ich mir ordentlich Luft machte, wenn ich abends meinen Dienst antrat.

Aus dem Arbeitsamt in Hamburg bekam ich gleich zwei Vermittlungskarten. Die erste Karte war ein Job als Parkplatzwächter für 970 DM brutto! Daran hatte ich kein Interesse. Die Vermittlungskarte vergaß ich mir wieder aushändigen zu lassen. Am nächsten Tag fand ich privat eine Arbeit, was sich aber schnell wieder zerschlug. So ging ich mit meiner zweiten Vermittlungskarte los, zur Firma Bewachung Borchardt. Die boten mir einen Stundenlohn von 4 DM brutto! Die Firma trug aber gleich in die Kartei ein: zu wenig Geld, Firmenstempel usw. Denn für so wenig Geld kann man ja nicht arbeiten und leben.

So ging ich mit der zweiten Karte wieder zum Arbeitsamt. Dort spürte ich, daß man als Arbeiter für die nur ein Dreck ist und man behandelt wird wie ein Stück Vieh. Ich wollte nun einen Antrag auf Arbeitslosenunterstützung stellen, dieses wurde aber mit der Begründung abgelehnt, ich hätte bewußt eine Stelle umgangen!

Dies alles hat mir noch mal mehr die Augen geöffnet über dieses verfaulte kapitalistische Gesellschaftssystem. Die Partei hat Recht wenn sie sagt, daß dieses System nur revolutionär gestürzt werden kann!

Rot Front! Ein Sympathisant aus Hamburg

Tagung der OPEC

Der Ölpreis - Waffe gegen den Imperialismus

Auf der letzten Wirtschaftstagung der OPEC, der Organisation der erdölproduzierenden Staaten beschlossen die Teilnehmer einhellig eine Erhöhung um 10%. Wie nicht anders zu erwarten, ist diese Entscheidung der erdölproduzierenden Länder auf große Empörung bei den Imperialisten und besonders bei den US-Imperialisten gestoßen.

Mit verschiedenen Lügen versuchen die Imperialisten diesen berechtigten Schritt der erdölproduzierenden Länder vor der Weltöffentlichkeit, vor den Ländern der Dritten Welt und vor den Werktätigen in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern zu verleumden und in Mißkredit zu bringen. Es sind vor allem drei Behauptungen, mit denen sie „nachweisen" wollen, daß die Preiserhöhung für das Erdöl „ein Schritt in die falsche Richtung ist".

Die erste Lüge, die die Imperialisten auftischen, ist die, daß die Preiserhöhungen vollkommen ungerechtfertigt seien, daß die erdölproduzierenden Länder in der letzten Zeit Riesengewinne mit dem Ölverkauf gemacht hätten. Eine weitere Erhöhung der Ölpreise, so die Imperialisten, sei schon von daher absolut nicht vertretbar.

Es ist richtig, daß die Einnahmen der erdölproduzierenden Länder erheblich gestiegen sind, seit sie sich zusammengeschlossen haben, um gegen die Ausplünderung durch den Imperialismus zu kämpfen. So erreichten die Erdöleinkommen der 13 OPEC-Mitgliedstaaten 1974 mit über 100 Milliarden US-Dollars das Vierfache von 1973. **Diese Einnahmen ermöglichen es diesen Ländern, ihre nationale Wirtschaft zu entwickeln, ihre Landesverteidigung zu stärken und sie werden darüber hinaus auch zur Unterstützung anderer Entwicklungsländer verwandt.** Aber jedes Ding hat eben zwei Seiten: Was für die erdölproduzierenden Länder eine Steigerung der Einnahmen und verbesserte Möglichkeiten für die Sicherung der Unabhängigkeit ihrer Länder bedeutet, heißt für den Imperialismus eben sinkende Einnahmen und geringere Möglichkeiten der Beeinflussung dieser Länder durch die verschiedensten Methoden. Deshalb kann es hier wie überall, wo der Imperialismus und die von ihm Ausgeplünderten und Unterdrückten sich gegenüberstehen, niemals einen „gerechten Kompromiß" geben.

Wie einseitig im übrigen die angeblich so auf einen „vernünftigen Preis" bedachten Imperialisten an diese Frage herangehen, zeigt sich im übrigen daran, daß mit keinem Wort in der bürgerlichen Presse bei uns erwähnt wird, wie groß die Verluste der erdölproduzierenden Länder durch den sinkenden Wert des Dollar sind. Denn als Folge der Inflation und der Dollarabwertung in der kapitalistischen Welt schnellten die Preise für Industrieprodukte, die die ölproduzierenden Länder der Dritten Welt importieren müssen, in die Höhe. Das heißt, die reale Kaufkraft der Dollars, die diese Länder durch den Verkauf von Öl eingenommen haben, sank erheblich. 1974 betrugen die so bedingten Preissteigerungen für Industrieprodukte 26%. **In diesem Jahr sank der Kaufwert des Petrodollar um 30-40%.** „Daher", so betonte ein Sprecher der OPEC jetzt, „ist es notwendig, die Erdölpreise neu zu regeln und sie um 10% zu erhöhen."

Die zweite Behauptung, mit der die Imperialisten versuchen, diese Entscheidung der OPEC-Länder in Mißkredit zu bringen, ist die, daß sie vor allem den anderen Ländern der Dritten Welt schaden würde. Wie immer, wenn sich die US-Imperialisten, aber auch die andere Supermacht, die russischen Sozialimperialisten, zum „Anwalt der Armen" aufspielen, hat das vor allem den Zweck, die Entwicklungsländer untereinander zu spalten. So auch hier. Denn die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Erst im Februar dieses Jahres wurde auf der Konferenz der Entwicklungsländer über Rohstoffe, an der Delegierte aus mehr als 80 Ländern teilnahmen, eine Resolution zur Unterstützung des Ölkampfes verabschiedet und angekündigt, diesen Kampf mit den Kämpfen um andere Rohstoffe zu verbinden. Es ist genau diese Tatsache, daß der Kampf der Länder der Dritten Welt mit dem Öl als Waffe bei nicht ölproduzierenden Ländern nicht auf Ablehnung gestoßen ist, sondern als Signal für den Kampf auf anderen Gebieten verstanden worden ist, die die Imperialisten und besonders die beiden Supermächte so erbittert. Das treibt sie dazu, mit allen Mitteln zu versuchen, die anderen Länder gegen die erdölproduzierenden Länder aufzuhetzen. Zu dieser Kampagne gehört auch, daß in der bürgerlichen Presse bei uns systematisch verschwiegen wird, daß die OPEC-Staaten 1974 den anderen Entwicklungsländern eine Unterstützung von 17 Milliarden US-Dollar zugesagt haben und 3,87 Milliarden ihnen auch bereits übergeben wurden.

Die dritte Behauptung schließlich ist die, daß die Erhöhung der Ölpreise den, wie die Zeitungen schreiben, gerade wieder einsetzenden Aufschwung gefährden würde. **Aber die Behauptung, daß eine Preiserhöhung durch die erdölproduzierenden Staaten automatisch eine Preiserhöhung des Benzin, Diesel usw. zur Folge haben müsse, ist genau so falsch wie die uralte Mär von der Lohn-Preis-Spirale.** Genauso wenig wie die „hohen" Löhne an den steigenden Preisen schuld sind, genauso wenig sind die arabischen Staaten schuld, wenn die Benzinpreise steigen. Die Kapitalisten suchen stets nach einem Sündenbock, um ihre eigene Profitgier zu vertuschen und um die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems zu verschleiern. In Wirklichkeit sind Arbeitslosigkeit, Inflation usw. Grundübel des kapitalistischen Systems, die ja schließlich nicht erst in dem Moment aufgetreten sind, als die erdölproduzierenden Staaten sich zusammenschlossen.

Wenn die Imperialisten sagen, daß die OPEC-Staaten hier einen „Schritt in die falsche Richtung" getan haben, dann zeigt das ziemlich genau, warum sie sich so empören. **Denn der Schritt der OPEC-Staaten ist ein weiterer Schritt gegen Kolonialismus, Hegemonismus und Imperialismus. Ein Schritt, der natürlich den Zorn der Imperialisten erregen muß, der aber die Unterstützung aller antiimperialistischen Kräfte findet.**

BERICHTIGUNG

Im RM 39/75 schrieben wir auf S. 1, daß die Große Tarifkommission der IGM in NRW auch die Forderung nach einem Urlaubsgeld von 600 DM aufgestellt hat. Das ist falsch. Sie hat für die Stahltarifrunde überhaupt keine konkrete Forderung nach Urlaubsgeld aufgestellt. Sie hat vielmehr auf eine Kündigung des Abkommens über Urlaubsdauer und -geld in der Metallindustrie vollständig verzichtet, um „eine bessere Wirtschaftslage abzuwarten", d. h. den Kapitalisten zu helfen, die Arbeiter noch mehr auszuplündern.

VR Albanien

Immer an der Seite der spanischen Völker

Bereits in den Tagen vor der Ermordung der fünf spanischen Genossen fanden in der Volksrepublik Albanien Protestveranstaltungen und Kundgebungen statt, auf denen die albanischen Werktätigen, Jugendlichen und Studenten die Verbrechen des Franco-Faschismus verurteilten und die Freilassung der eingekerkerten Genossen in Spanien forderte. Eine Delegation der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten, die in diesen Tagen in der Volksrepublik Albanien weilte, wurde auf ihrer Reise in den albanischen Betrieben und LPGs begeistert empfangen.

So berichtete ein Mitglied des Exekutivkomitees der KPSp/ML vor jungen Aktionisten, die am Bau der Eisenbahnlinie Prrenjas – Gur i Kuq arbeiten, über den heroischen Kampf der spanischen Völker für Freiheit, Demokratie und Fortschritt. Die Mitglieder des Aktionistenlagers sandten eine Grußbotschaft an das Exekutivkomitee der KPSp/ML, in der es u. a. heißt: „In diesen faschistischen Akten sehen wir nicht die Stärke sondern die Schwäche des Faschismus, sein letztes Aufbäumen auf dem Sterbebett. Wir sind überzeugt, daß, je stärker der Kampf gegen das blutrünstige faschistische Regime sein wird, desto rascher es sein Ende nehmen wird."

Am 22. September nahmen die spanischen Genossen an einer Versammlung teil, die die Werktätigen einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft höheren Typs organisierten, auf der Genosse Rod Marca, Vorsitzender der KPSp (m-l), eine Ansprache hielt. Die Versammlung schickte ein Grußtelegramm an das Präsidium der FRAP, in dem es heißt: „Wir vereinigen unsere Stimme mit der aller antifaschistischen, antiimperialistischen und antirevisionistischen Kämpfer in der Welt, die in den sehr schwierigen Augenblicken den Kampf des spanischen Volkes für Freiheit und Unabhängigkeit unterstützen. Wir drücken unsere tiefe Überzeugung aus, daß die echten spanischen Revolutionäre, wie schon früher, ihren Kampf nicht einstellen werden und daß das Beispiel der FRAP-Kämpfer und ihre heroische Haltung vor den faschistischen Foltern und Gerichten im Kampf für die endgültige Befreiung des spanischen Volkes von der faschistischen Franco-Clique als ein weiterer Ansporn dienen wird."

Auch die Studenten der Universität Tirana hielten eine Kundgebung ab, auf der Studenten der verschiedensten Fakultäten das Wort ergriffen und ihre Solidarität mit dem Freiheitskampf der spanischen Völker ausdrückten. Die Teilnehmer der Versammlung sandten eine Grußbotschaft an die Demokratische Universitätsföderation Spaniens.

Nach der barbarischen Ermordung der fünf Genossen am 27.9. versammelten sich in den Städten und Dörfern Albaniens Arbeiter, Bauern, Jugendliche und die Volksintelligenz zu neuen, mächtigen Kundgebungen. Die Jugend des Traktorenersatzteilwerks in Tirana verurteilte auf einer Protestversammlung heftig und empört die Verbrechen des Franco-Regimes gegen die Patrioten. Auch die Jungarbeiter des Kupferdrahtwerkes in Shkodra hielten eine Versammlung ab. In einer Resolution, die dabei verabschiedet wurde, heißt es: „Die spanischen Jugendlichen sind die Söhne und Töchter des Spaniens von 1936 bis 1939. ... . Weder Hinrichtungen noch Verhaftungen können den Widerstandsgeist des spanischen Volkes brechen. Wir bekunden die Überzeugung, daß der Kampf der Jugend und des Volkes Spaniens unter Führung der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten von Erfolg gekrönt sein wird. Wie hart dieser Kampf auch sei, wieviele Opfer und Blut er auch kosten mag die Jugend und das Volk Spaniens wird dank ihrer revolutionären Traditionen ihren Kampf bis zum vollständigen Sieg fortsetzen."

Verlogene Solidarität der Revisionisten

In den vergangen zwei oder drei Wochen haben die modernen Revisionisten der D„K"P und die revisionistischen Parteien in den anderen europäischen Ländern immer wieder ihre „Solidarität" mit den „spanischen Patrioten" und „Antifaschisten" beteuert und eine Reihe von Kundgebungen und Demonstrationen durchgeführt, Flugblätter und Artikel veröffentlicht usw., um sich als die führende Kraft der großen Solidaritätsbewegung mit dem Freiheitskampf der spanischen Völker herauszustreichen. Aber in Wirklichkeit ist ihre Solidarität Heuchelei und Verrat.

Es läßt sich leicht feststellen, daß die modernen Revisionisten der D„K"P ihre angebliche Solidarität erst in dem Moment entdeckt haben, als die ersten Todesurteile bereits gefällt waren und als schon Tausende von Menschen, empört über den Mordterror des Franco-Regimes, militante Aktionen und große Demonstrationen durchgeführt hatten. Erst da tauchten auch die modernen Revisionisten der D„K"P auf der Straße auf, um im Trüben zu fischen und die Rufe „FRAP, FRAP, FRAP – Guerra Popular!", „weder Franco, noch König, noch Yankees – föderative Volksrepublik!", um die Propaganda für die revolutionäre Gewalt durch pazifistisches Geschrei und Geschwätz über eine friedliche Demokratisierung des Franco-Regimes zu übertönen und ihren Blutsbruder Carrillo und seine revisionistische Partei als Speerspitze des Freiheitskampfes der spanischen Völker hinzustellen.

Die revisionistischen Verräter beschmutzten das Andenken der ermordeten Genossen und tun so, als ob sie Leute ihres Schlages gewesen wären. Sie verschweigen, daß drei der ermordeten Patrioten Mitglieder der FRAP und vor allem der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten waren. Sie entstellen und verstümmeln die mutigen Bekenntnisse der Genossen vor Gericht und versuchen krampfhaft, jedes revolutionäre Wort der Genossen zu vertuschen.

Andererseits lassen sie möglichst oft den Revisionisten Carrillo zu Wort kommen, der den Kampf der FRAP als „Terror" bezeichnet und hetzt: „Eine hoffnungslose Jugend begeht Irrtümer." „Deutlich erscheint die Gefahr, daß die unvermeidliche Veränderung des Regimes nicht friedlich, sondern gewaltsam erfolgt", sagt er und nennt den heroischen bewaffneten Kampf der spanischen Völker zur Verteidigung der Republik in den Jahren 1936 – 1939 eine „vergangene Tragödie", die „nicht wiederholt" werden dürfe.

Carrillo und seine Spießgesellen, die modernen Revisionisten der D„K"P fürchten die Revolution und bekämpfen sie wütend. Sie heucheln Solidarität, um den Geist des Pazifismus in die Protestbewegung hineinzutragen und die gefährliche Illusion des „friedlichen Überganges" zu verbreiten.

Und selbstverständlich vergessen sie auch nicht, die russischen Sozialimperialisten und die revisionistischen Cliquen in Osteuropa als entschiedene Freunde der spanischen Völker hinzustellen, die in Wirklichkeit selbst keinen Deut besser sind, als Franco und sein Oberherr, der US-Imperialismus.

Die verlogene Solidarität und die gegen den Freiheitskampf der spanischen Völker gerichtete Propaganda der modernen Revisionisten muß von allen Revolutionären und Marxisten-Leninisten entschieden zurückgewiesen werden.

Fortsetzung von Seite 1

kumentieren zwanzig Arbeiter in Sevilla, die 3 politische Polizisten halbtotschlagen, als diese auf der Straßen einen Menschen festnehmen wollen.

„Dies ist nicht die Zeit der Tränen, sondern die Zeit des allgemeinen Krieges!" Dieser Aufruf der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten hat breiten Widerhall unter den spanischen Werktätigen gefunden. Alle ihre Feinde aber, einschließlich derjenigen, die hier in unserem Land Solidarität mit dem Kampf der spanischen Völker geheuchelt haben, von der „liberalen Presse" über die Sozialdemokraten, die DGB-Führer bis hin zu den modernen Revisionisten, verteufeln jetzt die Anwendung der revolutionären Gewalt, stellen sie auf eine Stufe mit den Verbrechen der Faschisten und erklären, daß sie „jede Gewalt ablehnen".

Aber die revolutionäre Gewalt, zu der die spanischen Völker, die FRAP und die Kommunistische Partei Spaniens/-Marxisten-Leninisten greifen, ist vollständig gerechtfertigt. Das faschistische Regime Francos wird weder schönen Worten noch pazifistischen Deklarationen weichen, es muß durch die Revolution gestürzt werden. Die Völker aller Länder haben vor zwei Jahren in Chile gesehen, daß es einen friedlichen Weg zur Befreiung nicht gibt. Wer ihn propagiert, verewigt die Unterdrückung und Ausplünderung Spaniens.

Begierig haben sich die bürgerlichen Zeitungen auch auf die von den Franco-Faschisten organisierte Kundgebung gestürzt und ausgiebig über sie berichtet. Stoßrichtung all dieser Berichte war, den Eindruck zu erwecken, als ob die Protestwelle in ganz Europa gegen die Verbrechen des faschistischen Regimes, die „Spanier enger hat zusammenrücken lassen" bzw. ihren Stolz und ihre nationale Würde verletzt hätte. Ganz abgesehen von den wirklichen Gefühlen der spanischen Völker, die in den Kämpfen zum Ausdruck kommen, ist es bekannt, wie z.B. Hitler seine Kundgebungen organisierte. Und um nichts anderes handelte es sich hier auch.

Und was die nationale Würde Spaniens angeht, so ist sie von Franco und seiner Clique längst entehrt und verraten worden. Gerade in dem Moment, wo er sie selbst beschwört, ist sein Außenminister dabei, das Stützpunktabkommen mit den amerikanischen Imperialisten zu verlängern, für die Spanien ein lebenswichtiges Land im Rahmen ihrer Rivalität mit den russischen Sozialimperialisten im Mittelmeer ist. Sie sind es, die in Wirklichkeit Spanien regieren und die Franco an der Macht halten und zu seinen scheußlichen Verbrechen ermuntern.

Der Kampf für die Freiheit der spanischen Völker und Nationen, für die föderative Volksrepublik wird heute von der FRAP unter der Führung der KPSp/ML geführt. Im Programm der FRAP, die darum kämpft, alle unterdrückten Massen und Schichten Spaniens in ihren Reihen zu vereinigen, steht die Verjagung der Yankees und der Sturz des faschistischen Regimes an der ersten Stelle. Letzten Endes werden die spanischen Völker unter der Führung der KPSp/ML und der FRAP der yankee-frankistischen Diktatur ein Ende machen und die föderative Volksrepublik errichten.

D"K"P-Forderung: "Statt Lohnpause - Rüstungspause"

Verteidigung des Imperialismus - Betrug an der Arbeiterklasse

Das jüngste „Sparprogramm" der Bundesregierung hat in den Betrieben unter den Arbeitern breite Empörung ausgelöst. Ansichten wie „So wie früher wird das nie wieder werden" und „Die Krise wird für uns immer schlimmer", zeigen, daß immer mehr Arbeiter zu erkennen beginnen, daß der Kapitalismus ihnen keinen „Ausweg" zu bieten hat, daß er nur immer schlechtere Lebensbedingungen, Elend und Not für sie bereit hält. Und die Diskussionen und Überlegungen, welchen Ausweg es für die Arbeiterklasse denn überhaupt geben kann, nehmen zu.

Gerade in dieser Situation aber versuchen die D„K"P-Revisionisten mit einer neuen Parole Einfluß zu gewinnen. Was viele Werktätige der Regierung nicht mehr glauben, nämlich daß es in unserem kapitalistischen System noch einen Ausweg gibt, genau das versuchen die D„K"P-Revisionisten in neuem Gewand aufzutischen, wenn sie demagogisch behaupten, der Ausweg hieße „Statt Lohnpause Rüstungspause".

Für die D„K"P-Revisionisten ist das ganz einfach: 10 MRCA-Kampfflugzeuge weniger, so rechnen sie vor, würden „die geplante Lohnpause überflüssig machen". Und mehr noch würde, wie sie sagen, die Lohnerhöhung die Kaufkraft der Massen stärken und schon könnte wieder auf vollen Touren produziert werden. Es ist ein durch und durch verlogenes Programm, das ganz im Sinne der Bourgeoisie der Arbeiterklasse die „Möglichkeiten des Kapitalismus" vorgaukeln soll, die es tatsächlich aber nicht gibt. Es läuft auf das Gleiche hinaus, als wollte man eine Räuberbande bitten, ihre Opfer künftig nicht mehr auszurauben und niederzuschlagen, wenn sie sich wehren, sondern ihnen doch lieber ein paar Scheine zuzustecken.

Nicht anders als die Vertreter der Monopole und ihrer Regierung sprechen auch die D„K"P-Revisionisten von „Lohnpause". Zynisch wird damit so getan, als wären bisher die Löhne stets erhöht worden und jetzt vorübergehend eine Pause bei den Erhöhungen eingelegt werden solle, nach der es dann wieder weiter gehe. Und genau das propagieren die modernen Revisionisten indirekt mit ihrem Gerede gegen die „Lohnpause". **Damit wird die Tatsache verdeckt, die Marx, Engels, Lenin und Stalin bereits aufgezeigt haben und die sich auch heute klar bestätigt: Daß die Verelendung der Arbeiterklasse systematisch und gesetzmäßig voranschreitet.** Zum einen ist diese Verelendung relativ, was sich darin zeigt, daß der Anteil des Lohns der Arbeiterklasse am gesellschaftlichen Gesamtprodukt immer geringer wird, der Anteil des Kapitals aber immer größer. Zum anderen aber verelendet die Arbeiterklasse auch absolut, was sich z. B. in der immer breiteren Frühinvalidität der Arbeiter, in der wachsenden Arbeitslosenzahl und seit einigen Jahren auch darin zeigt, daß es viele Arbeiterfamilien gibt, die an der Grenze des Existenzminimums leben müssen.

Entgegen der bürgerlich-revisionistischen Propaganda, daß es dem Arbeiter in den letzten Jahren doch immer besser gegangen sei, sind die Reallöhne durch Inflation und Preissteigerungen ständig gesunken. Die „Erhöhung" bei den Tarifrunden haben nicht einmal die Preissteigerungen ausgeglichen, sondern waren Lohnraubabschlüsse. Und so handelt es sich auch jetzt nicht um eine „Lohnpause", sondern darum, daß in der Krise die Verelendung noch schärfere und breitere Ausmaße annimmt, Lohnsenkungen offen vorgenommen werden, Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit zunimmt, die Arbeitsintensität noch mehr gesteigert wird, Errungenschaften der Arbeiterklasse im Gesundheitswesen und anderswo, die sie in langwierigem Kampf gegen ihre Ausbeuter und den bürgerlichen Staat hart erkämpft hat, abgebaut werden und mit Steuererhöhungen noch mehr aus ihnen herausgepreßt wird.

Gerade das jedoch zeigt den Arbeitern, daß der einzige Weg der Rettung nicht der sein kann, auf das Kapital und seinen Staatsapparat zu hoffen. Und es ist die Aufgabe der Kommunisten, die Kollegen, die heute schon klar sagen, daß die Arbeitslosigkeit nie wieder so gering wie vor einigen Jahren sein wird, die aus ihren Erfahrungen heraus spüren, daß es nicht besser, sondern schlimmer werden wird, zu unterstützen und ihnen zu zeigen, daß der einzige Ausweg die proletarische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats über die gestürzten Ausbeuter ist.

Doch die D„K"P-Forderung, die Regierung solle für höhere Löhne sorgen und stattdessen die Rüstungsausgaben senken, um so die Krise in den Griff zu bekommen, gibt im Gegenteil vor, daß der Staat die Krise lenken könne, wenn er wollte. Bewußt eilen damit die modernen Revisionisten der Bourgeoisie zu Hilfe. Einem Helmut Schmidt – oder welchem Regierungsvertreter auch immer – nützt es wenig, immer wieder zu beteuern, daß er die Krise vollkommen im Griff habe. Umgekehrt ist es so, daß immer weniger Werktätige diesen Beteuerungen noch Glauben schenken, je öfter sie wiederholt werden. Die Beteuerungen vom „baldigen Aufschwung", vom Sinken der Inflationsrate, von der Abnahme der Arbeitslosigkeit werden nur allzu schnell immer wieder durch die tatsächliche Entwicklung Lügen gestraft, so daß selbst in kleinbürgerlichen Schichten des Volkes der Glauben an die Unterschütterlichkeit der kapitalistischen Ordnung untergraben wird. Die Krise selbst offenbart nur allzu deutlich die völlige Unfähigkeit des bürgerlichen Staates, der elementar wirkenden Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus in irgendeiner Weise Herr zu werden. Sie offenbart auch klarer als sonst, daß der kapitalistische Staatsapparat dem Großkapital untergeordnet ist. Angesichts dessen ist es eine direkte Unterstützung für die Bourgeoisie, wenn die D„K"P-Revisionisten unter der Fahne der „Kritik an der Regierung" dem kapitalistischen Staat bescheinigen, er könne, wenn er wolle, die Krise in den Griff kriegen, zudem noch in einer solchen Weise, daß es für die Arbeiterklasse von Vorteil wäre. Nichts anderes steckt hinter der Parole „Statt Lohnpause – Rüstungspause". Sie soll den Kampf der werktätigen Massen in die bekannte Sackgasse lenken: für einen „besseren Kapitalismus".

DER STAATSHAUSHALT IM KAPITALISMUS - EIN KLASSENBUDGET DER BOURGEOISIE

Aber die Forderung der D„K"P vertuscht nicht nur, daß es im Kapitalismus keine Beseitigung der Krisen geben kann, sondern sie geht zugleich davon aus, daß der Staatsapparat durch Vernunft und Druck dazu gebracht werden könne, sich gegen das Kapital zu stellen und für die werktätigen Massen einzutreten, daß er also klassenneutral sei. **Schon Karl Marx hat diese Lüge vom angeblich neutralen Staat, der den Haushalt entweder für die Werktätigen oder für das Kapital einsetzen könnte, entlarvt. Er schrieb, der Haushalt eines kapitalistischen Staates sei „*nichts anderes als ein Klassenbudget für die Bourgeoisie*", ein Budget also, das im Interesse der gesamten Kapitalistenklasse eingesetzt wird, um ihre Herrschaft auszubauen, zu sichern und gegenüber dem Proletariat gewaltsam zu verteidigen.**

Genau das erleben wir gegenwärtig. Auf der einen Seite Steuererhöhungen, verstärkte Ausplünderung der Massen durch den kapitalistischen Staat, auf der anderen Seite Streichung von Ausgaben, die der Versorgung der Arbeiterklasse dienten, zugleich aber Milliarden Subventionen für die Monopole. Da werden unprofitable Wirtschaftszweige vom kapitalistischen Staat übernommen, damit die Monopole ihr Kapital profitträchtiger anlegen können, da wird durch tausenderlei Formen von Zuschüssen dafür gesorgt, daß die Kapitalisten – und zwar vor allem die großen Monopole – ihre Produktion ausweiten, ihre Profite sichern können. Zudem wird der Gewalt- und Zwangsapparat des Staates ständig ausgebaut, um gegen jeden Widerstand gewaltsam das Lebensniveau der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten zugunsten des Kapitals herabdrücken zu können.

Gerade die letzten „Sparmaßnahmen" der Regierung haben unter den Arbeitern zu vielen Diskussionen über die Rolle des Staates geführt, wobei Empörung und Mißtrauen gegen den bürgerlichen Klassenstaat gewachsen sind. Daß die D„K"P in diese Diskussion ihre Propaganda vom „neutralen Staatsapparat" trägt, vom Staat, den man für die Interessen des Proletariats einsetzen könne, das zeigt, welche Rolle sie spielt: nämlich den bürgerlichen Gewalt- und Machtapparat vor der Arbeiterklasse in Schutz zu nehmen, ihn zu verteidigen.

Offen bekennen die D„K"P-Revisionisten: „Kommunisten sind nicht gegen Investitionen, auch nicht gegen staatliche Aufträge zur Belebung der Produktion". Schöne „Kommunisten" sind das! Was bedeuten denn Investitionen? Daß Werte, die von unserer Hände Arbeit geschaffen worden sind, von den Kapitalisten vereinnahmt werden, um Rationalisierung und Ausbeutung noch mehr zu steigern. Was heißt denn „staatliche Belebung der Produktion", das heißt nichts anderes als daß von den uns abgepreßten Steuergeldern die Profite belebt werden, denn allein der Profit ist im Kapitalismus Antrieb zur Produktion! Die D„K"P-Revisionisten erklären damit offen, daß ihr Standpunkt nicht der der Arbeiterklasse, sondern der des Profits, der der Bourgeoisie ist. „Kommunisten" nennen sie sich lediglich, um sich als Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse zu tarnen.

Die D„K"P-Revisionisten behaupten, daß Rüstung heute, wo es „Entspannung" gäbe, „unsinnig" sei. Kann denn die Bourgeoisie da nicht auf zehn Kampfflugzeuge verzichten und dafür die Steuern senken?

DER MILITARISMUS IST UNTRENNBARER BESTANDTEIL DES IMPERIALISMUS

Gerade heute, wo durch den Befreiungskampf der Völker die Imperialisten Absatzmärkte verlieren, ihre Möglichkeiten, sich Rohstoffe in aller Welt zusammenzustehlen, geringer werden, wo durch die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus in den imperialistischen Ländern die Machtverhältnisse unter den Imperialisten sich verschieben, und sie 30 Jahren nach dem letzten imperialistischen Weltkrieg erneut auf eine gewaltsame Neuaufteilung der Welt unter sich drängen, gibt es keine „Entspannung", sondern wächst die Spannung unter ihnen. Allen voran drohen die beiden imperialistischen Supermächte, die US-Imperialisten und die russischen Sozialimperialisten mit einem neuen Weltkrieg. Ihre Militärbudgets zeigen klar, wie verlogen die Entspannungsschreierei ist: Über 100 Milliarden Dollar gibt jeder von ihnen aus, um seinen riesigen Militärapparat auf Vordermann zu bringen, in der Hoffnung, den anderen zu übertrumpfen. Und auch die westdeutschen Imperialisten geben im Rahmen der Nato-Aufrüstung und der Unterstützung der US-Truppen in unserem Land über 50 Milliarden DM aus.

Der Militarismus, die ständige Aufrüstung der Imperialisten, die Ausrichtung des gesamten öffentlichen Lebens auf die Militarisierung – das ist untrennbar vom Imperialismus. Lenin hat das Proletariat gelehrt: „*Der Imperialismus ist erbitterter Kampf der Großmächte um Teilung und Neuaufteilung der Welt – er muß daher zu weiterer Militarisierung in allen, auch in kleinen, auch in neutralen Ländern, führen.*" Den D„K"P-Revisionisten, die die Lehre Lenins vollständig verraten haben, hat Lenin damals mit seiner Kritik an Kautsky schon die entsprechende Abfuhr erteilt und ihre wahren Absichten enthüllt: „*Die kautskyanische Predigt der ‚Abrüstung', die sich ausgerechnet an die jetzigen Regierungen der imperialistischen Großmächte wendet*", schrieb Lenin, „*ist vulgärster Opportunismus, bürgerlicher Pazifismus, der in Wirklichkeit – entgegen den ‚frommen Wünschen' der honigtriefenden Kautskyaner – nur dazu dient, die Arbeiter vom revolutionären Kampf abzulenken. Denn den Arbeitern wird durch solche Predigten der Gedanke eingeflößt, als ob die jetzigen bürgerlichen Regierungen der imperialistischen Mächte nicht durch Tausende Fäden des Finanzkapitals und durch Dutzende oder Hunderte von entsprechenden (d. h. räuberischen, mörderischen, imperialistische Kriege vorbereitenden) gegenseitigen Geheimverträgen gebunden wäre.*"

Für die D„K"P-Revisionisten heute gilt nicht nur, daß sie die Arbeiter vom revolutionären Kampf ablenken mit ihrem Abrüstungsgeschrei, sondern daß sie darüber hinaus den Hauptkriegstreibern, den russischen Sozialimperialisten, Friedfertigkeit bescheinigen und von den Ländern, die von den russischen Sozialimperialisten bedroht sind, Abrüstung fordern. Auf diese Weise stützen sie die Kriegsvorbereitungen dieser wilden Supermacht und bereiten ihr direkt den Weg für Expansion und Aggression. Sie erweisen sich damit nicht nur als Agenten der westdeutschen Bourgeoisie, sondern zugleich auch als Agenten des russischen Sozialimperialismus, mit dem sie finanziell und politisch aufs engste verfilzt sind.

Die westdeutschen Imperialisten, nicht anders als die amerikanischen oder russischen Imperialisten, denken nicht im geringsten daran, abzurüsten und stattdessen für die Werktätigen Lohn auszuschütten bzw. Steuern zu senken usw. Im Gegenteil wird der imperialistische Staatsapparat die Ausplünderung der werktätigen Massen in noch ganz anderem Maß als heute steigern, um gerade die Militarisierung zu fördern. Zum einen, um für den imperialistischen Krieg zu rüsten, zum anderen aber auch, da die größten und stärksten Monopole des westdeutschen Imperialismus, die allesamt an der Rüstung beteiligt sind, hierbei die größten und sichersten Profite erzielen können. Diese Entwicklung aber bedeutet, daß die Wirtschaft in wachsendem Maße einseitig ausgerichtet wird auf die Produktion der Waren, die mit dem Krieg in Verbindung stehen, und die Produktion der Massenbedarfsgüter verringert wird, d. h. die Konsumtion der Bevölkerung geschmälert wird. Das wiederum aber zieht unbedingt eine weitere Verschärfung der Krise bzw. eine neue Wirtschaftskrise nach sich.

Krise und Krieg, Verelendung der Arbeiterklasse, gewaltsame Unterdrückung des Proletariats, das sind untrennbare Bestandteile des Imperialismus, die erst mit der Beseitigung des Imperialismus selbst verschwinden werden. Doch werden die Imperialisten nicht freiwillig abtreten, wie die Aufrüstung ihrer Bürgerkriegsarmee es deutlich vor Augen führt. Appelle an die Regierung zu richten, wie es die D„K"P-Revisionisten mit ihrer Parole „Statt Lohnpause – Rüstungspause" unter der Arbeiterklasse propagieren, ist nicht nur ein untaugliches Mittel, sondern es ist schädlich und gefährlich. Schädlich und gefährlich, da die Revisionisten damit die Unversöhnlichkeit der Klassenwidersprüche im Kapitalismus verwischen, das wachsende Klassenbewußtsein und die revolutionäre Entschlossenheit des Proletariats zurückzerren wollen. Aber nicht nur, daß die D„K"P-Revisionisten mit ihrer Parole „Statt Lohnpause – Rüstungspause" von der proletarischen Revolution, vom Kampf für die Diktatur des Proletariats abhalten wollen, sie verraten mit dieser Parole auch den Tageskampf des Proletariats für seine ökonomischen Forderungen, für die Verteidigung seines Lebensstandards.

Nich zufällig bringen sie gerade jetzt ihre Parole heraus, wo mit der Stahlrunde die neuen Tarifverhandlungen auf der Tagesordnung stehen. Ihre Parole „Statt Lohnpause – Rüstungspause" soll zugleich die Kollegen vom Kampf im Betrieb ablenken, davon ablenken, daß sie gegen die Lohnraubforderungen des kapitalistischen Gewerkschaftsapparates sich erheben. Denn was tun die D„K"P-Revisionisten, abgesehen von ihrem „Lohnpause"-Geschrei praktisch? Erst haben sie für Stahl 12% gefordert, obgleich diese Forderung bei weitem nicht die Teuerung, die Steuerhöhungen usw. ausgleicht. Als dann aber der reaktionäre Gewerkschaftsapparat seine unverschämte 8%-Forderung bekanntgab, waren die D„K"P-Revisionisten es auch zufrieden. Und wenn nach dem ganzen DGB-Theater 5% herauskommen, dann werden sie auch das als „Erfolg" begrüßen. Wehe aber, wenn klassenkämpferische und revolutionäre Kollegen im Kampf gegen den Betrug des kapitalistischen Gewerkschaftsapparates eigene, kämpferische Forderungen aufstellen oder gar gegen die spalterischen Prozentforderungen einheitliche lineare Forderungen setzen, dann sind es die D„K"P-Revisionisten, die gegen diesen gerechten Kampf angehen und „Spalter" schreien.

Ob im revolutionären Tageskampf für die Erhaltung und Verbesserung der Lebensbedingungen oder erst recht im Kampf für die proletarische Revolution, den gewaltsamen Sturz des Imperialismus und die Diktatur des Proletariats, nur im Kampf gegen diese revisionistischen Agenten kann das Proletariat sein Ziel erreichen, im Kampf gegen die Politik der Klassenversöhnung, im Kampf gegen die Politik des Klassenverrats. Dazu braucht es seine wahrhaft kommunistische, wahrhaft marxistisch-leninistische Partei, die es konsequent auf dem Weg zur Diktatur des Proletariats im Kampf gegen den modernen Revisionismus und jeglichen Opportunismus voranführt. Diese, eure Partei, das ist die KPD/ML.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN" 46 Dortmund 30 Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26

KIEL

Neulich fand ich in einer bürgerlichen Zeitung einen kurzen Artikel, in dem davon berichtet wird, daß der Popstar Alice Cooper mit seinen Kumpanen in einem Münchener Hotel 2 000 DM unterschlagen und eine Menge Sachen gestohlen hatte, nachdem er am Abend zuvor sich in einem „Schock-Rock–Programm" hatte feiern und vor allem für seine Dienste gut bezahlen lassen. Die Polizei hatte ihn verfolgt und ihm das Geld und die geklauten Sachen wieder abgenommen, als er gerade mit seinem Privatflugzeug starten wollte. Daß diese Leute ein durch und durch bürgerliches Leben führen, das wissen die meisten Jugendlichen und entschuldigen das damit, daß sie sagen, die machen immerhin gute Musik für uns. Für wen sie diese Musik machen, wird allerdings aus dem weiteren Verlauf der Polizeiaktion deutlich. Nachdem die Sache „geklärt" ist, lassen sie Cooper nach dem „Opportunitätsprinzip" laufen. D. h. nichts anderes als: da wir Dich brauchen, werden wir Dich nicht behelligen; ein Künstler hat schließlich seine Extravaganzen.

Nein, Genossen, hier wird ein Dieb laufengelassen, weil er der Bourgeoisie einen großen Dienst erweist. Er propagiert die Verelendung der Jugend als Verheißung der Menschheit und die bürgerliche Dekadenz als Krone gesellschaftlichen Lebens. Nein! Wir haben ein öffentliches Interesse an der Aburteilung solcher Verbrechen.

Dies wird mir besonders deutlich, wenn ich an einen Prozeß im Amtsgericht denke, den ich miterlebte, um den Richter des nachfolgenden politischen Prozesses schon einmal kennenzulernen: ein Arbeiter wurde wegen Fischwilderei zu 100 DM Geldstrafe verurteilt, weil er 10 m weiter als seine Angelkarte gültig war, geangelt hatte! Genossen, denkt immer daran: wenn die Bourgeoisie uns einschüchtern will, dann ist ihr jedes Mittel recht; aber eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.

Ein Genosse aus Kiel

BREMEN

Am Samstag, den 27. 9. 75 besuchten wir einen chinesischen Frachter, der im Bremer Hafen lag. Wir wurden von zwei politischen Kommissaren und anderen Besatzungsmitgliedern herzlich im Salon empfangen und bewirtet. Als Geschenke überbrachten wir eine Fahne mit dem Emblem der Partei und die Rede des Genossen Ernst Aust: „KAMPF DER WACHSENDEN KRIEGSGEFAHR DURCH DIE BEIDEN SUPERMÄCHTE! FÜR DIE EINHEIT UND SOLIDARITÄT DER EUROPÄISCHEN VÖLKER!", deren Titel wir auf englisch übersetzten. Die chinesischen Genossen ließen erkennen, daß ihnen die Partei bekannt war; sie zeigten auf das Bild von Genossen Ernst Aust in der Broschüre und nickten freundlich „Ernst Aust!"

In den Gesprächen berichteten wir über die gerade erfolgte Vollstreckung der Todesurteile an den fünf spanischen Genossen durch die Mörderbanden des Franco-Regimes und die Aktionen, die die Partei hier in Bremen gegen diese faschistischen Terrorurteile in den vergangenen Tagen unternommen hatte. Wir erzählten weiter über einige Beispiele des Klassenkampfs in unserer Stadt: über den Rausschmiß des kommunistischen Lehrers Jürgen Janz und dem immer brutaler werdenden Polizeiterror. Über den Besuch der Sowjetrevisionisten bei den AG-Weser-Kapitalisten und ihre schmutzigen Geschäfte waren die chinesischen Genossen informiert.

Zum Abschluß unseres Besuches bedankten wir uns für die herzliche Begegnung und wünschten ihnen eine gute Heimfahrt in die Volksrepublik und weiterhin eine siegreiche und revolutionäre Zukunft des chinesischen Volkes. Die chinesischen Genossen ihrerseits wünschten der KPD/ML guten Erfolg im Kampf gegen die beiden Supermächte.

Rot Front! Zwei Genossen aus Bremen

DER VOLKSKRIEG BEGINNT – SPANIEN 1975

Das Restaurant an der Ecke
ist schattig und kühl.
Ins Gelächter, Geplauder klappern Bestecke.
Zu Mittag speist hier – „Guardia Civil".
– „Mahlzeit!" – Ein Leutnant erhebt sich vom Sitze.
„Die Arbeit ruft!" – sagt er und grinst,
rückts's Koppel zurecht, greift nach der Mütze.
„Kein Spielchen mehr, nein! Muß zum Dienst!
Wir haben da einen hartnäckigen Fall,
sehr diffizil, sehr spezial!
Da muß ein Fachmann ran! – Bin ja vom Fach!"
– Und die Runde grölt, und der Leutnant lacht
und tritt durch die Tür ans Tageslicht –
da fährt ihm ein Feuerstoß ins Gesicht,
zerfetzt ihm das Hirn,
das die Foltern ausdenkt, das Foltererhirn!
Drahtzaun, Schlagbaum, Kasernentor.
Soldaten patroullieren.
Es fährt ein Wagen vor das Tor,
aussteigen Offiziere.
– „Ausweis nicht nötig!" – Der Posten winkt ab.
– Da wird er gepackt. Sie drücken
ihm einen Revolver in den Rücken!
– „Halt still, Soldat! – Kommando der FRAP!"
Sie stürmen ins Wachlokal: „Überfall – FRAP!"
Sie nehmen den Wachen die Waffen ab;
sie nehmen Patronen, Pistole, Gewehr,
sie rüsten sich aus beim feindlichen Heer,
sie rüsten aus ihr eigenes Heer!
Ja, Spanien erhebt sich! In Spanien gibt's Dampf!
Der Volkskrieg beginnt!
Bei Tag, bei Nacht, auf der Straße, zu Haus –
Faschist, sieh dich vor!
Das Volk kreist dich ein! Es räuchert dich aus!
Es hat dich schon im Zielfernrohr!
– Ni Yankee! Ni Franco! – Der Volkskrieg steht auf!
Kein Heer widersteht seinem Siegeslauf!
Kein Messer kann ihn erstechen!
Keine Folter kann ihn schwächen!
Und er läßt sich auch nicht zerbrechen
in den Mauern von Carabanchel!
Der Volkskrieg wächst wie ein Feuer schnell!
Seine Schüsse krachen in Madrid –
schon ziehn Barcelona, Valencia mit! –
Ja, Spanien steht auf unter Freiheitsfahnen!
Ein Hoch! den Kämpfern, den Partisanen!
Es krachen ihre Schüsse: Das ist die Musik,
die aufspielt zur spanischen Volksrepublik!

Ein Genosse aus Bochum

Deine scharfe Waffe ROTER MORGEN

Im September gingen folgende Beträge auf das Spendenkonto des ROTEN MORGEN ein:

Sympathisanten der Stadtteilzelle Wedding, 1. 9., 50 DM – W. K., Essen, 2. 9., 10 DM ROTER-MORGEN-Leserkries, Flensburg, 5. 9., 19,90 DM – Kunden des Buchladen „ROTER MORGEN", Stuttgart, 5. 9., 50 DM – N. A., Düsseldorf, 9. 9., 100 DM – A. R. und K. W., Westberlin, 12. 9., 50 DM – ROTE GARDE Brackwede, 15. 9., 100 DM – ROTE GARDE Bielefeld, 15. 9., 7 DM – Sympathisanten aus Kitzingen, 17. 9., 500 DM – Landesverband NRW, 19. 9., 102,30 DM – W. H., München, 20. 9., 500 DM – P. R., Hamburg, 17. 9., 10 DM – KPD/ML, OG Kiel, 24. 9., 411,80 DM – R. H., Hamburg, 24. 9., 1000 DM – B. E., Hannover, 25. 9., 6,50 DM – E. D., Köln, 25. 9., 15 DM – J. T. Westberlin, 26. 9., 5000 DM

Insgesamt wurden somit im September DM 7932,50 für den ROTEN MORGEN gespendet.

Stammheimer Prozeß

RAF-Gefangene ausgeschlossen

Im Stammheimer Prozeß gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe hat das Gericht unter Vorsitz von Senatsdirektor Prinzing nach § 231 a der Strafprozeßordnung, die angeklagten RAF-Genossen wegen „selbst verursachter Verhandlungsunfähigkeit" von der weiteren Verhandlung ausgeschlossen. So soll eine schnelle Aburteilung der angeklagten Revolutionäre erzielt und andererseits verhindert werden, daß die Isolations- und Vernichtungshaft weiterhin Gegenstand des Prozesses bleibt.

Zuvor waren vier vom Gericht ausgesuchte medizinische Gutachter zu der Auffassung gelangt, die angeklagten RAF-Mitglieder seien „nur beschränkt verhandlungsfähig" und vor allem „behandlungsbedürftig". Der bürgerlichen Presse sind nur spärliche Anhaltspunkte zum Gesundheitszustand der angeklagten Genossen zu entnehmen, aber selbst diese verraten die schweren Auswirkungen der Isolationsfolter: alle 4 Genossen haben erhebliches Untergewicht (zwischen 23 kg und 14 kg), alle leiden unter schweren Konzentrations-, Wahrnehmungs- und Artikulationsstörungen, bei allen Genossen häufen sich Schwindelanfälle, sinkt der Blutdruck gefährlich ab. Das Herz von Andreas Baader schlägt pro Minute nur noch 40 mal (normal 80). Alle Gutachter schlossen aus, daß die „vorrangige Ursache" für diese schweren Gesundheitsschädigungen in dem Hungerstreik zu sehen ist, den die Gefangenen der RAF gegen die Isolationsfolter durchgeführt hatten.

Selbst der „Spiegel" mußte in Zusammenfassung der Gutachten praktisch zugeben, daß durch sie der Vorwurf der Isolationsfolter zu mindest indirekt bestätigt wird. Im „Spiegel" 40/75 heißt es auf S. 112: „Doch bestätigen die Gutachten zum ersten Mal im Stuttgarter Prozeß nun auch aus neutraler, nicht parteigebundener Sicht, was die BM-Verteidiger seit Jahr und Tag behaupteten: daß auch verschärfte, vom normalen Vollzug abweichende Haftbedingungen über Jahre hinweg gesundheitsschädlich, womöglich sogar lebensbedrohlich sind."

Dieser faktische Beweis für die Anwendung der Isolationsfolter gegen die angeklagten Genossen war ein Erfolg des Kampfes der Angeklagten und ihrer Anwälte, die immer wieder die Tatsache der Isolation und die schweren gesundheitlichen Schäden, die sie bei den Genossen hervorgerufen hat, anprangerten. Immer wieder hatte das Gericht dagegen versucht, das zu unterdrücken, die diesbezüglichen Anträge der Verteidigung als „Verschleppungstaktik" zu diffamieren, bis es schließlich doch gezwungen war, die Gutachter zur Frage der Verhandlungsfähigkeit heranzuziehen. Nach dieser Niederlage will das Gericht sich die Angeklagten endgültig vom Halse schaffen, wobei offensichtlich der Ausschluß der Verteidiger des Vertrauens der Angeklagten ebenfalls schon vorprogrammiert ist. Damit wären dann den Madrider Kriegsgerichten – was die Möglichkeiten der Verteidigung betrifft – annähernd gleichwertige Zustände hergestellt und einer entsprechend zügigen Aburteilung der Revolutionäre zu lebenslangem Zuchthaus, was unter den Bedingungen der Isolationshaft einem Todesurteil gleichkommt, stünde nichts mehr im Wege.

In seiner Entscheidung beruft sich Prinzing auf den § 231 a der Strafprozeßordnung, nach dem eine Verhandlung ohne Angeklagte möglich ist, wenn diese ihre Verhandlungsunfähigkeit selbst herbeigeführt haben. **Aber obwohl dieser Paragraph zu jenen Verschärfungen der Strafprozeßordnung gehört, die am 1. Januar dieses Jahres in Kraft traten und eigens zur reibungsloseren Aburteilung von Revolutionären verabschiedet wurden, mußte das Stuttgarter Gericht selbst dieses bürgerliche Gesetz brechen.** So läßt die Strafprozeßordnung den Ausschluß der Angeklagten nur bei **Verhandlungsunfähigkeit** zu, die Stammheimer Gutachter aber erklärten die Genossen für „**beschränkt verhandlungsfähig**". Der ganze Zynismus und die ungeheure Menschenverachtung der bürgerlichen Klassenjustiz aber kommen darin zum Ausdruck, wie Prinzing versucht darzustellen, daß die schweren Erkrankungen der angeklagten Genossen „selbst herbeigeführt" sind. Erst einmal sieht Prinzing in dem Hungerstreik, im Gegensatz zu den medizinischen Gutachten, die „vorrangige Ursache". Darüber hinaus aber erklärt das Gericht die Angeklagten auch für die Bedingungen der Isolations- und Vernichtungshaft verantwortlich, weil diese Maßnahmen ja ergriffen worden seien, weil die gefangenen Revolutionäre gefährlich für die Bourgeoisie sind. **Mit diesem zynischen Argument kann jede Folter, kann jeder Mord an Revolutionären „gerechtfertigt" werden.**

Die Verteidiger der angeklagten Genossen haben gegen den Beschluß des Stuttgarter Gerichts Beschwerde beim Bundesgerichtshof erhoben.

Sofortige Zurücknahme des Ausschlusses von Baader, Ensslin, Meinhof und Raspe!

Weg mit Isolationsfolter und Vernichtungshaft!

Prozeß gegen 4 türkische Patrioten

Verbot der PEF soll vorbereitet werden

– Bereits seit über einem Monat wird jetzt in Köln gegen die vier türkischen Antifaschisten und Patrioten Ömer Özerturgut, Mustafa Tutgun, Yüksel Urgulu und Hatice Yourtas verhandelt. Den Angeklagten wird vorgeworfen, Mitglieder einer „kriminellen Vereinigung" zu sein.

Die Angeklagten und ihre Verteidiger haben bisher verschiedene Anträge gestellt, in denen die Entlassung der Angeklagten aus der nunmehr 17monatigen Haft gefordert wird, in denen auf eine Aufhebung der Isolierhaft gedrungen wird, in denen die Entbindung der Zwangsverteidiger von ihrem Mandat und die Ablehnung des Richters wegen Befangenheit gefordert wird. Alle diese Anträge wurden abgelehnt bzw. auf die lange Bank geschoben. Den Angeklagten, die dazu Stellung nehmen wollten, wurde das Wort entzogen. Ihnen wurde mit dem Ausschluß aus dem Prozeß gedroht. Auf diese Weise wurde sogar verhindert, daß die vier türkischen Patrioten zusammenhängend zur Anklageschrift Stellung nehmen konnten.

Auf diese Weise wurde die Beweisaufnahme eröffnet, ohne daß die Angeklagten die elementarsten Rechte, die selbst die Strafprozeßordnung zugesteht, wahrnehmen konnten.

Wenn die Angeklagten in den ersten Verhandlungstagen eine politische Stellungnahme zur Patriotischen Einheitsfront der Türkei abgeben wollten, so hatte Richter Somoskoey das stets mit dem „Argument" abgewürgt, dieser Prozeß habe nichts mit der PEF zu tun. Wiesen die Angeklagten auf die Anklageschrift hin, in der sehr wohl von der PEF als einer „kriminellen Vereinigung" die Rede ist, so hieß es: „Uns interessiert die Anklageschrift hier nicht." Als die Angeklagten die Verlesung des Urteils im Prozeß gegen die Patrioten Dagyeli und Subasi forderten, die in Frankfurt von eben dieser Anklage freigesprochen worden waren, lehnte der Richter Somoskoey das ab. Er ging so weit, Dagyeli, den er am ersten Prozeßtag meinte unter den Zuschauern gesehen zu haben, für immer das Betreten des Gerichtssaals zu verbieten.

Bei der Beweisaufnahme dann zeigte sich die Verlogenheit dieser Argumente. Nachdem als erstes „Beweismittel" die monatlichen Kontoauszüge und die Ein- und Auszahlungen aus einem Sparbuch von Hatice Yourtas verlesen worden waren (Somoskoey: warum das wichtig sei, wisse man eben noch nicht), entpuppte sich das zweite „Beweismittel" als Auszüge aus der Zeitschrift „Aidinlik". Das Heft „Die politische Lage in der Türkei und in der Welt seit dem 12.3.1971" hatte das Gericht in türkischer Sprache gefunden und von einem Professor Götz die „angestrichenen Stellen" übersetzen lassen.

Unter anderem wurde von den Verteidigern beantragt, den Text vollständig vorzulesen. Somoskoey: das ginge nicht, er habe nur die angestrichenen Stellen. Als ihm einer der Verteidiger mitteilt, es gäbe seit 1971 eine deutsche Auflage, die er außerdem dabei habe, lehnt Somoskoey es trotzdem ab, den Text vollständig zu verlesen. Ömer Özerturgut entlarvte, daß dieser Text sogar in der Türkei, nachdem die Verantwortlichen seinetwegen vor Gericht gekommen und freigesprochen worden waren, überall öffentlich erhältlich sei. **Er forderte, daß das Programm der PEF vorgelesen wird, weil es ja offensichtlich doch um die PEF ginge. Somoskoey drohte daraufhin, ihn vom Verfahren auszuschließen. Das dritte „Beweismittel" ist ein Artikel „Über den Weg der türkischen Revolution". Ömer Özerturgut erklärt, daß auch dieser Text zeigt, daß es hier nicht um die Verurteilung von vier Leuten, sondern der PEF ginge. Das Gericht mache dabei nur einen Fehler. Denn der Text, den er verlesen habe, beweise gerade das Gegenteil von dem, was man ihnen so gerne unterschieben wolle: er zeige, daß die PEF nicht für anarchistische Gewalttaten sei, sondern daß sie der Meinung sei, daß nur durch die Massen der Sturz des Faschismus in der Türkei durchgeführt werden könne. Die Anwendung des § 129 sei nichts als ein Manöver, um eine revolutionäre Organisation auszuschalten.**

Nach dieser mutigen Erklärung von Ömer Özerturgut ließ der Richter Somoskoey den Prozeß zunächst vertagen.

SCHREIBT DEN INHAFTIERTEN GENOSSEN DES ROTEN ANTIKRIEGSTAGS 1972

Da der Genosse Schorsch inzwischen wieder verlegt wurde, hier noch einmal die Adressen der 4 Gefangenen des RAKT:

Hubert Lehmann, 889 Aichach, Justizvollzugsanstalt.

Bernd Reisser, 8602 Ebrach, Justizvollzugsanstalt.

Peter Bayer, 61 Darmstadt, Justizvollzugsanstalt.

Hans-Georg Schmidt, 611 Dieburg, Altstadt 25.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Kommunistische Partei Boliviens/ML

Die Massen mobilisieren!

Die Kommunistische Partei Boliviens/Marxisten-Leninisten entfaltet eine breite Tätigkeit, um ihre Verbindungen zu den Massen zu erweitern und zu verstärken, um sie zu organisieren, zu mobilisieren und auf revolutionäre Klassenschlachten vorzubereiten. Die bolivianischen Marxisten-Leninisten kämpfen, um eine Partei aufzubauen, die eng mit der Masse der Arbeiter, Bauern, Studenten und allen übrigen revolutionären gesellschaftlichen Kräften verbunden ist und sich auf sie stützt, um sie in der antiimperialistischen volksdemokratischen Einheitsfront zusammenzuschließen und sie im Klassenkampf zu führen.

Der Aufbau der Partei, die Schaffung der Einheitsfront und die Entfaltung des Kampfes der Massen, schreibt dazu die Zeitung „Liberacion", Organ der KP Boliviens/ML, beruhen unbedingt auf der Massenlinie, denn alles wird erfolgreich sein, wenn wir uns mit den Massen verbinden. Wir können noch so viel Arbeit leisten und noch so viele Anstrengungen unternehmen, wir werden kein Ergebnis erzielen, wenn wir uns von der Massenlinie trennen. In diesem Zusammenhang hat die KP Boliviens/ML die Methoden und Ziele ihrer Arbeit unter den Massen festgelegt und befolgt dabei entsprechend den verschiedenen Bevölkerungsschichten eine differenzierte Politik.

In erster Linie legt die Partei den größten Wert auf die Arbeit unter der Arbeiterklasse, die sie als den Motor und die führende Kraft der Revolution betrachtet. In dieser Beziehung bilden die Arbeiter der Bergwerke und Fabriken wegen ihres hohen Klassenbewußtseins, ihrer Kampftraditionen und ihrer zahlenmäßigen Stärke den Kern und Mittelpunkt der Arbeit der Partei in der Arbeiterklasse. Die bolivianischen Marxisten-Leninisten messen der ideologischen und politischen Arbeit unter der Arbeiterklasse eine besondere Bedeutung bei, damit die Arbeiter ihre wirkliche Ideologie, den Marxismus-Leninismus erkennen und sich aneignen.

Dabei werden gleichzeitig die opportunistischen Tendenzen entlarvt und isoliert, deren Träger, ebenso wie die Revisionisten und Trotzkisten, die Rolle von Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung spielen. Die ideologische Schulung und der ideologische Kampf in der Arbeiterklasse, hebt die Zeitung „Liberacion" hervor, sind Dinge, die nicht vernachlässigt werden dürfen und absolut notwendig sind. Die Partei kämpft dafür, daß das Beispiel der Bergarbeiter von Inquisivi, die sich offen dem Revisionismus und Trotzkismus widersetzten, ihn als eine Strömung im Dienst der Diktatur bewerten, von der ganzen Arbeiterklasse befolgt wird. **In diesem Bergbaurevier haben sich die Bergarbeiter, von den marxistisch-leninistischen Kämpfern angespornt und geführt, die Ideologie und Politik der Arbeiterklasse zu eigen gemacht und sie verteidigen sie, indem sie die in die Arbeiterbewegung eingedrungenen Agenten, hauptsächlich Revisionisten und Trotzkisten, unschädlich machen.**

(...) Parallel zur Festigung der Verbindungen mit der Arbeiterklasse legt die Kommunistische Partei Boliviens/Marxisten-Leninisten auch auf die Arbeit unter den Bauernmassen großen Wert. Sie betrachtet sie als die Verbündeten der Arbeiterklasse und wichtige Kraft der Revolution. Unsere Arbeit, betont dazu „Liberacion", muß innerhalb größerer Gruppierungen der Bauernmassen entfaltet werden, um von der Spontanität und dem zufälligen organisieren von Versammlungen oder auch von der oberflächlichen Propaganda wegzukommen. Wichtig ist, daß die Arbeit der Partei unter den Bauernmassen verstärkt wird. Dafür müssen die besten Kämpfer als Kader der Partei und Führer der Bauernmassen bestimmt werden, um jeden Tag ein größeres Ansehen unter den Bauernmassen zu erwerben, und das Bündnis der Bauernschaft mit der Arbeiterklasse zu festigen.

Infolge der unermüdlichen Arbeit der bolivianischen Marxisten-Leninisten unter den werktätigen Massen hat die Partei ihren Einfluß unter den Massen erweitert. **In einigen Arbeiter- und Bauernzentren bildet sie die wichtigste politische Kraft.** Im gegenwärtigen Moment ist es wichtig, daß der Einfluß der Partei unter den Massen zur mobilisierenden und organisierenden Kraft wird, damit immer kämpferischere und massenhaftere Klassenaktionen durchgeführt werden. Die KP Boliviens/ML studiert und analysiert die zahlreichen Probleme, die täglich die Massen belasten und kämpft darum, die Verbindung zu den Massen zu festigen, sie im Kampf gegen die Diktatur und deren imperialistische Unterstützer, für die nationale und soziale Befreiung zu verwirklichen.

10 Jahre faschistische Diktatur in Indonesien

Heroischer bewaffneter Kampf der indonesischen Kommunisten

Vor zehn Jahren, im Oktober 1965, zettelten die amerikanischen Imperialisten den Militärputsch in Indonesien an. Sie hievten eine Clique korrupter und landesverräterischer Offiziere mit dem General Suharto an der Spitze an die Macht, die ihre Herrschaft mit einem unbeschreiblichen Blutbad begann, der Ermordung Hunderttausender von Menschen. Seit dieser Zeit ist Indonesien in eine „Hölle auf Erden", ein faschistisches Zuchthaus verwandelt, dessen Reichtümer von einer Handvoll imperialistischer Monopole geplündert werden, während die Bevölkerung, vor allem die Bauern, die von den feudalen Großgrundbesitzern ausgepresst werden, in unvorstellbarer Armut leben.

Gegen die Kommunistische Partei Indonesiens, die zur Zeit des Putsches eine der stärksten kommunistischen Parteien überhaupt war, richtete sich der Hauptstoß des Mordterrors der Lakaien des Imperialismus. Ihre Organisationen wurden zum größten Teil vernichtet, zigtausende ihrer Kader, Mitglieder und Anhänger wurden getötet oder in die KZs gesteckt. Möglich wurde dies, ebenso wie der rasche Sieg der Putschisten, weil die KPI zu dieser Zeit einer falschen, opportunistischen Linie folgte, ihr Vertrauen weitgehend auf die Nationale Bourgeoisie setzte, dieser die Führung im Kampf gegen den Imperialismus überließ, an den friedlichen, parlamentarischen Weg der Revolution glaubte und weil in den Parteiorganisationen der Legalismus vorherrschte.

Das war das Ergebnis des schädlichen Einflusses des modernen Revisionismus mit dem sowjetischen an der Spitze. Zugleich aber waren die tragischen Ereignisse in Indonesien für die revolutionären Marxisten-Leninisten in der ganzen Welt eine große Lehre für den abscheulichen Verrat des modernen Revisionismus an der Revolution und die blutigen Folgen dieses Verrats für das Volk. Nur wenige Monate nach dem Putsch veröffentlichte das Politbüro des ZK der KPI eine Selbstkritik, analysierte die Fehler der Partei und arbeitete die marxistisch-leninistische Linie für ihren Wiederaufbau und den Sieg der Revolution in Indonesien aus.

In der Selbstkritik des Politbüros des ZK der KPI wird festgestellt, daß es notwendig ist, ***einen gnadenlosen Kampf gegen den modernen Revisionismus zu führen, weil der moderne Revisionismus den Proletarischen Internationalismus zerstört und den Kampf der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker in der ganzen Welt verraten hat.***" Um den Sieg in der Revolution erringen zu können, ruft das Politbüro die ganze Partei auf, den „Drei Bannern" zu folgen: *„Das erste Banner: Aufbau einer marxistisch-leninistischen Partei, die frei von Subjektivismus, Opportunismus und modernem Revisionismus ist. Das zweite Banner: der bewaffnete Kampf unter der Führung der Arbeiterklasse. Das dritte Banner: die revolutionäre Einheitsfront mit dem Bündnis der Arbeiter und Bauern und der Arbeiterklasse als führender Kraft.*" Und im Programm vom November 1967 heißt es, daß *„der einzige Weg, der zur Befreiung des indonesischen Volkes führt, der der bewaffneten Revolution ist.*" Auf dieser Linie haben die indonesischen Kommunisten in den vergangenen zehn Jahren heroisch und ohne Opfer zu scheuen gekämpft und sind der bewaffneten Konterrevolution von Anfang an mit dem revolutionären bewaffneten Kampf entgegengetreten. Die Suharto-Clique hat über den von der bewaffneten Kampf eine vollständige Nachrichtensperre verhängt. In ihrer Propaganda behauptet sie, daß die KPI vernichtet ist, muß aber gleichzeitig eine immer größere Zahl von Gebieten vor allem auf den Inseln Kalimantan (Borneo), Sulawesi (Celebes) und Java zu „geschlossenen Gebieten" erklären, in die niemand einreisen darf. Und erst vor kurzen mußten die faschistischen Behörden sogar zugeben, daß sie im letzten Jahr insgesamt 12 große Einkreisungsoperationen gegen Stützpunkte der Volksbefreiungsarmee durchgeführt hat.

Trotz der unglaublichen Schwierigkeiten, des weißen Terrors und der noch vorhandenen Schwäche der KPI, entwickelt sich der bewaffnete Kampf vor allem auf der Insel Kalimantan weiter vorwärts. Hier, vor allem an der Grenze zum nödlichen Teil der Insel, der Malaysia angeschlossen ist und in dem seit über 10 Jahren der revolutionäre Volkskrieg unter der Führung der Kommunistischen Partei von Nord-Kalimantan geführt wird, führen die Partisanen immer wieder erfolgreiche Aktionen gegen ihre Feinde durch. All dies hat dazu geführt, daß die hier stationierten Regierungssoldaten in regelmäßigen Abständen ausgewechselt werden, weil viele von ihnen desertieren und viele durch die Angriffe der Guerrillas demoralisiert werden. Unter der Führung der KPI haben auch die Guerrillaverbände auf Java und auf der Insel Sulawesi ihren Kampf fortgesetzt, wie die Nachrichtenagentur API meldet.

Gleichzeitig wird berichtet, daß auch die Kämpfe der unterdrückten Volksmassen immer häufiger militante Formen annehmen. So versammelten sich vor kurzem 2000 Fischer in Ostjava und zerstörten die Trawler und Lagerhäuser der ausländischen Fischereigesellschaften, die ihre Existenz ruinieren. Ähnliche Aktionen finden auch auf den anderen Inseln statt. Die Schüler und Studenten führen häufig militante Demonstrationen durch, um gegen das hohe Schulgeld zu protestieren. Die Bauern auf Kalimantan, die bis zu 70% ihrer Ernte an die Großgrundbesitzer abliefern müssen, legen den reaktionären Truppen, die zum Schutz der Großgrundbesitzer auf der Insel stationiert sind, häufig Hinterhalte und töten viele von ihnen.

Heute, zehn Jahr nach dem blutigen Putsch sind die Kräfte der Revolution zwar noch schwach, aber sie haben sich während dieser ganzen Zeit unaufhaltsam entwickelt und die Völker Indonesiens werden, unter der Führung ihrer Kommunistischen Partei, alle noch vor ihnen liegenden Schwierigkeiten überwinden und den Sieg im revolutionären Volkskrieg, die Befreiung ihrer Heimat von imperialistischer und feudalistischer Ausplünderung und Unterdrückung erringen.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA UND VIETNAM!

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA/VIETNAM

Zur Information

Die Völker Boliviens und vor allem die Arbeiterklasse haben eine lange, ruhmreiche Tradition im Kampf gegen die Ausplünderung durch den Imperialismus, vor allem den amerikanischen Imperialismus und die nationale Unterdrükkung. Heute richtet sich ihr Kampf gegen das faschistische Militärregime des Generals Banzer, dessen Regime sich kaum von den Henker- und Mörderregimes in Chile und Brasilien unterscheidet. Banzer und seine Clique sind Lakaien des US-Imperialismus, der sie 1971 durch einen Staatsstreich an die Macht gebracht hat. Im vergangenen Jahr verschärfte das Regime noch die Unterdrückung und verbot alle gewerkschaftlichen und politischen Organisationen des Volkes. Zahlreiche Arbeiterführer wurden verhaftet oder ermordet, Massaker der Armee in den Grubenbezirken sind an der Tagesordnung, um den Kampf der Arbeiter zu unterdrücken, die sich gegen die Ausplünderung und Unterdrückung durch das Regime und die amerikanischen Imperialisten immer wieder zur Wehr setzen. Unter unmenschlichen Bedingungen müssen die Arbeiter, fast alle indianischer Nationalität, in den Zinngruben für die Profite der Rockefeller, Morgan usw. schuften. In der Zinnerzförderung liegt Bolivien nach Malaysia an der 2. Stelle in der ganzen Welt.

Die Arbeiter in den Zinngruben von Siglo Veinte, Catavi, Inquisivi, Cochabamba und anderen haben sich immer wieder zum Kampf erhoben. Im Juli erst streikten 5000 Arbeiter in Catavi „gegen die mangelnde Freiheit und die Armut" und im Januar streikten die Arbeiter aller Zinngruben fast 14 Tage lang, erklärten die Grubenbezirke zu befreiten Gebieten und kämpften heldenhaft gegen die Armee, die die Gruben umzingelt hatte. Diese Kämpfe der Arbeiter waren die Antwort auf die verschärfte faschistische Unterdrückung durch das Militärregime. Schon im November hatte die Gewerkschaftsorganisation der Grube Siglo Veinte ein Manifest veröffentlicht, in dem sie die Arbeiter aufruft, auf die Straße zu gehen und für die Befreiung des Volkes zu kämpfen und das mit den Losungen: „Tod der faschistischen Tyrannei! Tod dem US-Imperialismus!" schließt.

Vor allem auch hier in dieser Grube haben die Genossen der Kommunistischen Partei Boliviens/Marxisten-Leninisten eine große Arbeit entfaltet. Auf dem Gebiet der Grube wurde im April des Jahres 1965 der 1. außerordentliche Nationalkongreß der Kommunistischen Partei Boliviens einberufen. Das war ein Kongreß des Kampfes gegen den revisionistischen Verrat der Monje-Clique, die die Führung der Partei an sich gerissen hatte, den Weg des revolutionären Kampfes verraten hatte und stattdessen den Arbeitern und dem ganzen Volk einreden wollte, Wahlen, die von der damaligen Diktatur des Generals Barrientos ausgeschrieben wurden um das Volk zu betrügen, könnten zur Befreiung des Volkes von imperialistischer Unterdrückung und Ausbeutung führen. Der 1. außerordentliche Nationale Kongreß verurteilte diese Linie und wählte eine neue, marxistisch-leninistische Führung mit den Genossen Frederico Escobar und Oscar Zamora an der Spitze. Die überwältigende Mehrheit der Partei stellte sich auf die marxistisch-leninistischen Positionen. Die Partei erklärte, daß der Kampf für die nationale Befreiung nur auf dem Weg des bewaffneten Kampfes erfolgen kann und setzte sich das Ziel, die Arbeiterklasse und die revolutionären Massen auf dieser Grundlage zu organisieren, um den Sieg in der nationaldemokratischen Revolution zu erringen. Trotz aller Schwierigkeiten schreitet die KPB/ML auf diesem Weg weiter vorwärts.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38.5 Meter
Im Sommer	26.2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.



32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

Kampf des Jahrhunderts?

Mit Sport hat das nichts zu tun

„Clay kaputt, Frazier am Rande des Todes" mit dieser Schlagzeile kommentierte die Bild-Zeitung den Ausgang des Kampfes um die Weltmeisterschaft im Schwergewicht der Berufsboxer zwischen Muhammad Ali und Joe Frazier. Nach dem Kampf erklärte Muhammad Ali: „Dieser Kampf ging knapp am Tod vorbei." Das war ausnahmsweise keine Übertreibung. Bereits zig Kämpfe, vor allem der Berufsboxer, endeten tödlich.

Der Kampf in Manila hat mit brutaler Deutlichkeit dokumentiert, wie der Kapitalismus alle positiven Seiten des Sports pervertiert, in ihr Gegenteil verkehrt. Fairness, Kameradschaftlichkeit, freundschaftlicher Wettbewerb? – Angesichts dieser blutigen Schlägerei klingt das alles wie nackter Hohn. „Der in Fäuste umgesetzte Haß zwischen Ali und Frazier hatte alle mitgerissen." Dieser Satz aus der Bild-Reportage über den Kampf bringt zum Ausdruck, wie im Kapitalismus solche Spektakel aufgezogen werden, um gezielt reaktionäre, primitive Gefühle bei den Massen zu wecken. Den älteren Menschen unseres Landes ist dabei noch gut in Erinnerung, wie die Propaganda der Hitlerfaschisten voll von sadistischen Elementen war. Denn worum ging es bei diesem sogenannten „ Kampf des Jahrhunderts"? – Für eine Millionengage schlagen zwei Männer auf einander ein, ohne Rücksicht darauf, daß jeder Schlag den Tod des Gegners bedeuten kann. Und diese widerliche Vorführung wird von 68 kapitalistischen Ländern, einschließlich der revisionistischen Sowjetunion, im Fernsehen übertragen. **Das hat keine andere Funktion als die unzähligen sadistischen Filme, Groschenhefte und Bücher, die Woche für Woche auf den Markt geworfen werden, um die Moral des Volkes zu zersetzen und die Wolfsmoral des Kapitalismus zu propagieren.** Für den Profit, für den eigenen Vorteil gehen die kapitalistischen Idole wie Muhammad Ali über Leichen. Die Berichte über den Kampf in Manila sind gespickt mit Worten wie „erbarmungslos", „ohne Gnade", „unbarmherzig", „verbissen" usw. Für Begriffe wie Solidarität, gegenseitige Unterstützung usw., die die Stärke des Volkes ausmachen, ist da kein Platz.

Andererseits war der Kampf in Manila das größte Geschäft, das jemals mit einem Boxkampf gemacht wurde. Jahrelang wurde die Werbetrommel für diesen Kampf gerührt. Millionen wurden investiert, um Hunderte von Millionen Dollar im Zusammenhang mit diesem Kampf umzusetzen. Jahrelang wurden Ali und Frazier systematisch als Todfeinde aufgebaut, die bei jeder „zufälligen" Begegnung in gegenseitigen Haßtiraden ausbrachen und aufeinander losgingen. Als Ali den ersten Kampf gegen Frazier überraschend verlor, wurde in der gesamten Fachwelt offen darüber gemunkelt, daß diese Niederlage von den Boxmanagern abgesprochen war, um den Weg für die nächsten zwei „Kämpfe des Jahrhunderts" freizumachen.

Was sich im Ring von Manila abspielte, hatte mit Sport nicht das Geringste zu tun. Eher erinnert es an die berüchtigten Gladiatorenspiele im alten Rom, wo die Gladiatoren sich zur Belustigung des Kaisers und seiner schmarotzenden Gefolgschaft gegenseitig umbringen mußten. Diese Gladiatorenkämpfe sind in die Geschichte eingegangen als Anzeichen für die völlige Dekadenz der Herrschaft der römischen Kaiser. Die modernen Gladiatorenkämpfe zeigen die völlige Verkommenheit des kapitalistischen Systems.

Schulkampf in Hamburg

Schulleiter droht Schülern mit Gefängnis

„Mertens ist ein Faschist, die Schulbehörde kann ihn brauchen, um uns in ihr Braun zu tauchen." So faßte ein Hamburger Schüler seine Erfahrungen zusammen, die er während des Schulkampfes an der H 7 gegen das Berufsverbot der kommunistischen Lehrerin Renate B. gemacht hatte. Die H 7 ist ein Wirtschaftsgymnasium. Es sind dort überwiegend erwachsene Schüler, die dort auf dem 2. Bildungsweg ihr Abitur machen wollen (Wirtschaftsgymnasium) oder Schüler, die sich in einer Berufsausbildung befinden (Berufsschule für kaufmännische Berufe).

Es herrscht an der Schule ein gnadenloser Zensurenterror. Wer Schwierigkeiten hat, wird nicht gefördert, sondern er wird abgesägt oder muß wiederholen. Dazu kommt die politische Unterdrükkung. Nur eine „Junge Union Schülergruppe" darf offiziell an der Schule arbeiten, alles andere wird als „verfassungsfeindliche Aktivitäten" verboten. Dann sind zu wenig Lehrer da, unterricht fällt aus, usw., es ist im Grunde so wie auch an den anderen Schulen.

Renate B. hat an dieser Schule 1 1/2 Jahre unterrichtet und zusammen mit fortschrittlichen Schülern den Kampf gegen diese katastrophalen Bedingungen aufgenommen, besonders gegen die Zensurenwillkür und die politische Unterdrückung. Das war der Behörde und dem Schulleiter natürlich ein Dorn im Auge. Die Ideen des Sozialismus fanden unter der Jugend großen Anklang, das wirkte sich auch auf den Unterricht aus, die Behörde nennt das „Indoktrination" oder „nicht ausgewogener Unterricht", aber der Schulleiter konnte nichts dagegen machen. Ein Schulleiter einer anderen Schule half, er denunzierte Renate B., sie habe öffentlich Propagandamaterial der KPD/ML verteilt. Daraufhin wurde Renate B. von ihrer Arbeit suspendiert. Man warf ihr „mangelnde Loyalität gegenüber den Vorgesetzten" vor.

Als die Schüler davon erfahren hatten, das war vor den Sommerferien, war ihre Empörung groß. Viele erklärten sich spontan solidarisch, über 100 Unterschriften wurden sofort gesammelt. Viele wollten diese Sache im Unterricht diskutieren, sie wollten die genauen Zusammenhänge wissen. In den Pausen wurde der Schulleiter eingekreist und zur Rede gestellt, wobei es einige Male zu tumultartigen Szenen kam. Plakate wurden aufgehängt und bewacht, denn der Schulleiter versuchte sie abzureißen. Kleber erschienen mit der Aufschrift „Weg mit den Berufsverboten – Solidarität mit Frau B.!" Mehrere Klassen verabschiedeten Resolutionen, in denen gefordert wurde, das Renate Lehrerin bleiben müsse. Eine Klasse hängte diese Resolutionen auch öffentlich aus. Ihr eigene Berufsschulklasse forderte außerdem, daß der Politikunterricht, den Renate gegeben hatte, sofort wieder mit voller Stundenzahl erteilt werden sollte, denn er war um eine Stunde gekürzt worden. Die Stimmung war sehr kämpferisch.

Nach den Ferien, als die Suspendierung erfolgt war, bekam Renate sofort Hausverbot. Allerdings ging der Kampf weiter. Flugblätter wurden verteilt, sowohl von der Partei als auch von den Schülern selbst. Die Schüler schrieben: „... . Die hohe Beteiligung am Deutschkurs von Frau B. zeigte die Vorwürfe, z. B. der der Manipulation, in ihrer ganzen Lächerlichkeit. (...) Es wurde eine Lehrerin von Dienst suspendiert, die sich immer loyal zur Schülerschaft verhalten hat und ihre fortschrittliche Gesinnung nie verbarg." ... „Doch wir sollten der Schulbehörde nicht den Gefallen tun, das Berufsverbot gegen Frau B. so ohne weiteres zu akzeptieren. Denn das würde bedeuten, daß wir die undemokratische Berufsverbotspraxis durch unser Nichthandeln unterstützen."

Der Schülerrat sprach Renate das Vertrauen aus. Eine Vollversammlung zum Thema Berufsverbot wurde angesetzt. Gleichzeitig sollte auf dieser Vollversammlung der Neubau einer Turnhalle für die Schule behandelt werden, den die Behörden verhindern wollen. Auch dagegen gab es eine große Empörung. Die Schüler erkannten richtig, hier hilft nur Streik! Darüber sollte auf der Vollversammlung abgestimmt werden. Der Schulleiter drohte den sogenannten Rädelsführern sogar mit Gefängnis, wenn es zum Streik kommen würde. Am Tage vor der Vollversammlung ließ er alle Seiteneingänge abschließen und stellte am Haupteingang Wachen auf, um zu verhindern, daß Renate auf der Vollversammlung erscheinen könnte. Es gelang ihr aber trotzdem und der Schulsprecher, der Versammlungsleiter war, erteilte ihr das Wort. Den Schulleiter ergriff die Panik, er stürzte nach vorne, riß ihr das Mikrophon aus der Hand und versuchte sie vom Podium zu drängen. Daraufhin entstand eine Bewegung unter den Schülern, sie übertönten den Schulleiter einfach mit einem Megaphon. Der Schulsprecher gab Renate das Mikrophon zurück, der Schulleiter mußte sich geschlagen geben. Die Behörde verhängte daraufhin wegen „Hausfriedensbruch" ein Zwangsgeld von 500 DM, und der Schulleiter stellte außerdem Strafanzeige gegen Renate. In seinem Bericht an die Behörde entschuldigte er sich, warum er nicht die Polizei geholt habe: Er wollte die Stimmung durch die Polizei nicht noch mehr anheizen ...! Die Mehrheit der Schüler stimmte auf dieser Vollversammlung für Streik, zu dem es aber noch nicht gekommen ist. Viele wollten den Streik für die Turnhalle gleichzeitig verbinden mit Protestaktionen gegen das Berufsverbot.

Alle Einschüchterungsversuche haben bisher nur bewirkt, daß die Schüler noch entschlossener zusammenhalten und sich gemeinsam zur Wehr setzen. Viele Schüler haben in den bisherigen Schulkampf das Wesen des kapitalistischen Staates, der nicht ihre Interessen vertritt, erkannt und auch die Notwendigkeit gesehen, nicht nur gegen die Verschlechterungen im Schulbereich zu kämpfen, sondern gleichzeitig für den Sozialismus, für den gewaltsamen Sturz des Kapitalismus, den der Sozialismus allein garantiert der Bevölkerung eine richtige Bildung und Ausbildung. Die Partei und die ROTE GARDE unterstützt den Kampf der Schüler, mehrere Flugblätter hat die ROTE GARDE an die Schüler verteilt, zu einer Solidaritätsveranstaltung der Partei kamen ca. 50 Menschen. Die Partei und die ROTE GARDE wird den weiteren Kampf der Schüler mit vorantreiben.

Wichtige Lehren für die ROTE GARDE

Fortsetzung von Seite 1

der Nase zu. Überall haben wir begeistert eine wirklich revolutionäre Jugend erlebt, die gegen bürgerliche und revisionistische Einflüsse gewappnet ist.

Wie wurde das erreicht? – Das Entscheidende ist, **daß die Partei ihre führende Rolle im Jugendverband voll verwirklicht**. Daß der Jugendverband der Führung der Partei in allem folgt und vertraut. Die Partei hat dem Jugendverband **die politische und ideologische Erziehung** als wichtigste Aufgabe gestellt. Denn – so wurde immer wieder betont – es gibt keine leere Stelle in den Köpfen der Menschen. **Wo nicht die kommunistische Ideologie Platz ergriffen hat, da nistet sich bürgerlicher und revisionistischer Dreck ein.**

Wie aber muß sich die Jugend den Marxismus-Leninismus aneignen? Nicht intellektuell, sondern in lebendiger Verbindung mit dem Leben, mit der Praxis. Dieses Jahr ist das Hauptthema der Schulung die Diktatur des Proletariats, und der Jugendverband setzt dazu die Richtlinien der Partei in Kampagnen und Aktionen durch, um die Diktatur des Proletariats zu festigen.

Eine andere Aufgabe des Jugendverbandes ist die **Erziehung zur Liebe zur Arbeit.** Die gesamte Jugend, auch Schüler und Studenten, arbeiten in der Produktion. Weshalb? Wer die körperliche Arbeit ablehnt, guckt auf die Arbeiterklasse herab, bereitet sich vor, ein Kommandeur über die Arbeiterklasse zu werden. Wird die Jugend nicht in der Liebe zur Arbeiterklasse erzogen, wie soll sie da die Diktatur des Proletariats lieben! – Aber es gilt auch die Diktatur des Proletariats militärisch zu verteidigen. **Die körperliche und militärische Stärkung** wird deshalb als „Aufgabe über den Aufgaben" bezeichnet, denn die politische Macht der Arbeiterklasse stützt sich auf die Gewehre in ihren Händen.

Ein weiterer Punkt ist die **internationalistische Erziehung**, denn die Jugend soll sich nicht nur für die Revolution im eigenen Land interessieren, sondern sich als Teil der Weltrevolution sehen.

Durch die lebendige Anwendung dieser Erziehungprinzipien im Jugendverband herrscht im ganzen Land eine ausgezeichnete revolutionäre Stimmung unter der Jugend – und für uns gilt es, sie in der ROTEN GARDE bewußter anzuwenden.

In den nächsten Nummern der Rote-Garde-Zeitung werden weitere Berichte der Delegation von ihrem Besuch in Albanien erscheinen.

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26

ROTER MORGEN

hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname ....

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße ....
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.............. Unterschrift...............................

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

41/75

Parteibüros der KPD/ML

Zentrales Büro und Landesverband (LV) NRW
Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

LV Wasserkante
Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/ 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen
Hannover, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/ 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest
Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg
Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

LV Bayern
München 2, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19, Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin
Wedding (65), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 46 52 807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Südbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo., Do. und Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86, Tel. 0234 / 51 15 37, Öffnungszeiten Mo.-Fr. 17.30-19, Sa. 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-19, Sa. 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30 Sa. 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b, Öffnungszeiten: Di. und Do. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bremer Platz 16, Öffnungszeiten Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 11-14 Uhr.

– Anzeige –

ALBANISCHE HEFTE 2/75
gesellschaft der freunde albaniens e.v.
GEWERKSCHAFT IN ALBANIEN

Bestellungen an:
GESELLSCHAFT DER FREUNDE ALBANIENS E. V.
8 München 1, Postfach 321

– Anzeige –

FRAP

APEP

PRESSEAGENTUR DES SPANISCHEN VOLKES

Erscheint auf spanisch, französisch, deutsch, italienisch, englisch.

Berichtet über die Kämpfe des spanischen Volkes und veröffentlicht wichtige Artikel aus den Organen der Organisationen der FRAP.

Zu bestellen bei:
W. Mai, 1 Berlin 36, Forsterstr. 43